

## NIEDERSCHRIFT

### über die 0. Beratung der Gemeindevertretung am 08.11.2012

**Ort:** Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Bürgersaal  
**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 23:10 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

Eröffnung der Sitzung der Gemeindevertretung Kleinmachnow und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur Sitzung an alle Gemeindevertreter fristgemäß erfolgte.

#### **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 8. November 2012**

Als Tischvorlagen an alle Mitglieder der GV wurden verteilt:

- Beantwortung von Anfragen
- DS-Nr. 154/12 – Antrag der Fraktion BIK aus der Sitzung der Gemeindevertretung am 6. September 2012

- Die DS-Nr. 154/12 wird unter dem TOP Anträge als TOP 14.1. behandelt.

Herr Templin

Gleich nach dem die Tagesordnung übersandt wurde, habe ich Ihnen mitgeteilt, dass die DS-Nr. 154/12 auf der Tagesordnung fehlt. Warum haben Sie die Druckvorlage nicht zu diesem Zeitpunkt an alle Gemeindevertreter verteilt? Bis zu Ihrer Einlassung konnte sich kein Gemeindevertreter auf diesen Antrag vorbereiten. Ich finde das unmöglich und sehe überhaupt nicht ein, dass wir seit der letzten Woche mehrere Unterlagen übersandt bekommen haben, nicht aber diesen Antrag. Ich sehe damit unsere Rechte als Gemeindevertreter durch Ihr Verhalten auf das Größte verletzt.

Vorsitzender der Gemeindevertretung, Herr Warnick

Ich nehme das zur Kenntnis. Im Vorstand haben wir darüber beraten und es nicht so gesehen, dass es sich um einen eigenständigen Antrag handelt. Auf Ihre Intervention haben wir den Antrag dann in die Tagesordnung aufgenommen.

Herr Dr. Klocksin

Mein Anliegen betrifft den Tagesordnungspunkt Einwohnerfragestunde. Das hier ein gewisser Bedarf vorliegt, dürfte auch aus Ihrer Perspektive unschwer zu erkennen sein. Wir haben hier eine Sitzordnung, die uns als Gemeindevertreter und auch das Publikum immer weiter wegrutschen lässt. Einige Bürger stehen sogar im Türrahmen. Von der ersten Stuhlreihe bis zum Präsidium passen noch drei Stuhlreihen dazwischen. Ich bitte darum, zukünftig besser zu bestuhlen. Für die heutige Sitzung können wir das gleich jetzt tun, damit noch mehr Stühle für die Bürger zur Verfügung gestellt werden können.

Die geänderte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 8. November 2012 wird festgestellt.

<b>TOP 3</b>	<b>Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 6. September 2012</b>
--------------	---

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 6. September 2012 vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 6. September 2012 wird festgestellt.

<b>TOP 4</b>	<b>Einwohnerfragestunde</b>
--------------	-----------------------------

1. **Frau Irgartinger, Erlenweg 73**
  - 1.1. **Ich habe eine Frage zum TOP 8.5. „Straßenbau Erlenweg“. Am 8. Mai fand dazu eine Bürgerinformationsveranstaltung statt, bei der uns eine Variante mit Asphalt präsentiert wurde, die auch von uns mehrheitlich angenommen wurde. Durch Zufall haben wir gestern erfahren, dass der Bauausschuss das geändert hat auf Granit-Kleinsteinpflaster, der Hauptausschuss das so empfohlen hat und heute beschlossen werden soll. In der Beschlussvorlage fehlen aber die sachlichen Argumente, die wir für den Asphalt haben. Es geht hier nicht nur um die Kosten. Es geht vor allem drei Punkte: 1. fahren dort sehr viele Radfahrer, da es ein Teil des Mauerradweges ist, 2. die gebrechlichen Bewohner des Augustinums, nehmen diesen Weg sehr oft in Anspruch, 3. die Kinder aus der gesamten Zehlendorfer Villenkolonie, die dort mit Inlinern fahren oder das Radfahren lernen. Warum wurde das im Bauausschuss geändert und so beschlossen? Warum waren in der Beschlussvorlage nicht unsere Argumente enthalten? Warum sind wir über so eine gravierende Änderung gegenüber dem, was uns vorgestellt wurde und dem wir mehrheitlich zugestimmt haben, nicht worden?**

Bürgermeister Herr Grubert

Danke für Ihre Anfrage. Ich finde es gut, dass Sie Ihr Anliegen an dieser Stelle noch einmal vorgetragen haben. Die Gemeindevertreter können sich so noch einmal einige Gedanken vor der Beschlussfassung machen. Wir als Gemeinde haben Anfang des Jahres ein Infopapier verteilt. Der damals von der Gemeinde vorgeschlagene Weg Kleinsteinpflaster zu verlegen, ist vom Bauausschuss abgelehnt worden.

Es ist die Empfehlung gegeben worden, zu asphaltieren. Es ist Usus, dass wir dann zu einer Einwohnerversammlung einladen. Diese Einwohnerversammlung fand dann am 8. Mai statt. Das Votum des Bauausschusses wurde mit aufgenommen und mit den Anwohnern besprochen. Übereinstimmend haben alle Beteiligten festgestellt, dass Asphalt die richtige Lösung ist. So lautete auch der Beschluss des Bürgermeisters für die Ausschüsse. Der Bauausschuss hat den Beschluss in Form einer Maßgabe abgeändert. Das ist vom Hauptausschuss so bestätigt worden. Dies ist im Zeitraum der letzten vier Wochen geschehen. Da gab es keine Möglichkeit, die Anwohner über Änderungen zwischen Bauausschuss und Beschlussvorlage des Bürgermeisters zu informieren. Ich finde es sehr gut, dass Sie die Anregung gemacht haben und ich hoffe, dass alle Gemeindevertreter ihre Anregung und meinen Beschlussvorschlag aufnehmen und wir wieder zur ursprünglichen Beschlussvorlage zurückkommen. Das wäre ein sehr schönes Ergebnis.

**Nachfrage von Frau Irgartinger:  
Warum wurde es in Granitkleinsteinpflaster geändert?**

Bürgermeister Herr Grubert

Die Frage kann ich leider nicht beantworten, da ich im Bauausschuss nicht anwesend war. Ich gebe dem Vorsitzenden des Bauausschusses, Herrn Dr. Klocksin, gerne die Möglichkeit, das Votum des Bauausschusses zu erläutern.

Vorsitzender des Bauausschusses, Herr Dr. Klocksin

Die Überlegungen, die uns dazu motiviert haben, hier ein Pflaster aufzubringen, liegen in der Siedlungsstruktur des gesamten Quartiers der alten Zehlendorfer Villenkolonie. Es geht um die Verlängerung des Erlenwegs, der in wesentlichen Teilen bereits gepflastert ist, bis Richtung Klein Moskau. Es wäre aus unserer festen Überzeugung städtebaulich ein Frevel, würde man hier die Struktur aufbrechen, statt die Möglichkeit zu nutzen, jetzt eine haltbare und wesentlich länger funktionsfähige Decke aufzulegen. Da bitte ich um Verständnis, dass andere Erwägungen auch eine Rolle spielen mögen. Im konkreten Fall ist es für die städtebauliche Situation nach Auffassung der Mehrheit der Mitglieder des Bauausschusses geeigneter, hier ein Pflaster aufzubringen. Die Käthe-Kollwitz-Straße bleibt wie sie ist, der Erlenweg ist in Gänze durchzupflastern. Dieses wird heute zur Abstimmung stehen und sicherlich noch diskutiert werden. Das ist im Bauausschuss mit Mehrheit beschlossen worden und auch im Hauptausschuss wurde die Maßgabe so beschlossen.

Herr Grützmann

Natürlich ist die Meinung in der Gemeindevertretung geteilt. Das Argument städtebaulicher Aspekt, das Herr Dr. Klocksin vorgetragen hat, halte ich überhaupt nicht für sinnvoll, denn daneben ist ja die große Straße als Zufahrtsstraße zum Augustinum. Diese Straße ist asphaltiert und stellt sowieso eine Grenze in Sachen Straßenbeschaffenheit dar, denn alles was westlich liegt ist zum großen Teil asphaltiert worden. Im Frühjahr sind diese Asphaltstrecken überarbeitet worden. Ich bitte darum, bei der Beschlussfassung zu einer anderen Mehrheit zu kommen.

Frau Sahlmann

Ich möchte noch einmal betonen, dass nicht nur der Bauausschuss diese Maßgabe eingebracht hat, sondern auch der Hauptausschuss. Das heißt, die Mehrheit aller Fraktionsvorsitzenden war der Meinung, dass aus städtebaulichen Gründen das

Pflaster dort angebracht ist. Ich kann mir vorstellen, dass das für die Kinder nicht so schön ist, aber dann gehen sie eben ein Stück um die Ecke.

Herr Dr. Mueller

Die Anregung, die ich im Bauausschuss gegeben habe, möchte ich hier wiederholen. Wenn der Erlenweg bis zum Kiefernweg asphaltiert wäre, wäre das meines Erachtens eine günstige Lösung, weil wir immer noch daran denken, das Augustinum mit einer kleinen Busverbindung anzubinden und im Sinne einer Busverbindung Kiefernweg/Käthe-Kollwitz-Straße/Erlenweg wäre es durchaus angemessen und angebracht, dort eine Asphaltierung vorzunehmen. Die Mehrheit hat aber anders entschieden.

**2. Herr Trachterna, Erlenweg 73**

- 2.1. Ich wollte noch kurz etwas zu der Sache sagen, insbesondere zu Herrn Dr. Klocksin. Natürlich muss man Abwägungen treffen, aber an der Stelle kann man meiner Meinung nach genauso gut in Rechnung stellen, dass der Kiefernweg nur noch auf 20% mit Pflaster versehen ist und das mehr zufällig, der Rest ist geteert. Alles andere glaube ich, was südwestlich der Käthe-Kollwitz-Straße liegt, ist mehr oder weniger geteert und ich denke, die Lebensqualität der Menschen vor Ort sollte auch eine Rolle spielen. Weil wir erst sehr kurzfristig davon erfahren haben und nicht wussten, ob wir heute Abend in irgendeiner Weise vertreten sein und uns äußern können, haben wir eine Unterschriftenliste vorbereitet, mit den Anwohnern, die direkt betroffen sind und den ursprünglichen Vorschlag der Gemeinde unterstützen würden.**

Vorsitzender der Gemeindevertretung, Herr Warnick

Ich nehme die Unterschriftenliste in Empfang.

Frau Vogdt

Wir haben ja gehört, dass am 8. Mai eine Einwohnerversammlung stattgefunden hat. Wenn so entscheidende Änderungen in den Ausschüssen erfolgen, dann verstehe ich nicht, dass, wenn man von Mai bis heute warten konnte, dass man sich nicht noch einmal die Zeit nimmt und mit den Anwohnern spricht, um ihnen zu verdeutlichen, warum so entschieden wurde. Ich wundere mich sehr über die Vorgehensweise des Bauausschusses.

**3. Frau Hanisch, Kiefernweg 31**

- 3.1. Ich höre heute zum ersten Mal von diesem Thema. Auch meine Kinder fahren dort Rollerblades und Skateboard. Aber es geht überhaupt nicht vorrangig um die Kinder. Natürlich ist es schön. Aber viel wichtiger sind, was Frau Irgartinger sagte, die Punkte 1 und 2. Wir laufen dort jedes Wochenende entlang und es fahren dort Woche für Woche ganz viele Radfahrer entlang. Das geht eben auf Kopfsteinpflaster nicht. Der zweite Punkt ist das Augustinum. Jedes Mal, wenn ich aus dem Fenster schaue, sehe ich, dass die Leute einfach mitten auf der Straße laufen, auch mit den Rollatoren. Das ist unzumutbar. Wir haben dort das Augustinum und dem sollte Rechnung getragen werden. Ich frage mich, wenn in den Ausschüssen so etwas beschlossen wird, ob sich einer der Leute, die das beschlossen haben, schon einmal dort hingestellt und geschaut hat, wer dort lang kommt und welche Bedürfnisse diese Menschen haben. Das möchte ich gerne anregen.**

Frau Schwarzkopf

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass, wenn der Tagesordnungspunkt später aufgerufen wird, werde ich einen Antrag auf Zurückverweisung in die Ausschüsse stellen.

Frau Sahlmann

Ich schließe mich dem an. Wir haben noch Ideen, wie man für die Anwohner und die gestalterische Lösung einen Kompromiss finden kann.

**4. Herr Liebreuz, Fichtenhof 10**

- 4.1. Es sind wieder sehr viele Eltern der Seeberg-Grundschule hier. Herr Bürgermeister, wir haben in der Vergangenheit von Ihnen die Information bekommen, dass Sie uns einen Weg der Informationsandickung in der Form aufgezeigt haben, dass eine Aktualisierung der Schülerentwicklungszahlen ansteht, als auch erste Betrachtungen hinsichtlich möglicher Standorte für die neue Schule. Ich bitte Sie, uns Ihre aktuellen Informationen preiszugeben.**

Bürgermeister Herr Grubert

Es ist mir nicht verborgen geblieben, dass sehr viele Eltern der Seeberg-Grundschule und des Seeberg-Hortes, die Schulleiterin der Seeberg-Grundschule und auch die Leiterin des Hortes anwesend sind. Es ist richtig, wir haben nach der letzten Gemeindevertretersitzung uns hier getroffen und ich habe über den Entwicklungsstand berichtet. Es ist weiter richtig, dass ich gesagt habe, dass ich Sie aus erster Hand sofort informieren werde. Das ist leider mit der Information, außer dem grundsätzlichen Statement, zwei Wochen zu früh. Heute ist eine Gemeindevertretersitzung, in der ich darüber berichte und wir haben die Entwicklungszahlen und auch die Standortuntersuchung an die Gemeindevertreter verteilt. Nächste Woche beginnt die Woche der Ausschusssitzungen, in der der Standort der 3. Grundschule und die grundsätzliche Schulentwicklung in den Ausschüssen behandelt wird. Nach dem 19. November 2012 werde ich die Eltern informieren und über den neuesten Erkenntnisstand unterrichten. Grundsätzlich kann ich sagen, dass ich mich mit den Fraktionsvorsitzenden in der vergangenen Woche getroffen habe, um einen gemeinsamen Konsens zu finden. Wir sind auf einem guten Weg. Hinsichtlich der Schulentwicklungszahlen gibt es noch einige Abgleichungsprozesse, weil wir uns alle darüber im Klaren sind, dass eine Schule grundsätzlich natürlich nur weiter errichtet werden soll, wenn eine Nachhaltigkeit oder eine Nachnutzung des Gebäudes sichergestellt ist. Hinsichtlich des möglichen Schulstandortes sind wir uns, wenn wir den ersten Teil positiv beantworten und auch die Nachnutzung sichergestellt ist, alle schon sehr nahe gekommen. Der avisierte Standort wird sich hier, ohne dem vorzugreifen, weil es relativ übereinstimmend war, ein oder zwei Steinwürfe von diesem Standort befinden. Alles andere wird sich in der nächsten Woche finden und ich werde ab 19. November 2012 zu einer Infoveranstaltung einladen. Ansonsten sind wir alle einer Meinung, wir brauchen eine vernünftige Bildungsgrundlage für unsere Kinder.

Herr Burkardt

Dass Sie informiert werden wollen und die Zahlen und Tendenzen kennenlernen wollen, haben wir vernommen. Da gibt es zwei Argumente. Das eine ist ein rein praktisches. Alle Gemeindevertreter haben die Unterlagen bekommen. Es handelt sich nicht um ein geheimes Papier, das heißt, es ist niemand faktisch gehindert, diese

Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Ich wäre dankbar, wenn das umgehend geschehen könnte. Das zweite ist, nach dem Schulgesetz müssen die Elternvertretungen und die Schulkonferenz mitwirken an dem Beschluss. Wir sind gut beraten, Sie frühzeitig in die Diskussion mit einzubeziehen und von daher bitte ich Sie, Herr Bürgermeister, dass Sie der Schulleitung und der Elternvertretung die Unterlagen umgehend zur Verfügung stellen.

#### Bürgermeister Herr Grubert

Die Tagesordnungen sowie die Beschlüsse und Informationsunterlagen der nächsten Ausschusssitzungen können auf der Internetseite der Gemeinde Kleinmachnow eingesehen werden.

- Herr Piecha, Leiter des Fachbereiches Büro des Bürgermeisters, demonstriert den anwesenden Gästen, wie und wo die Unterlagen auf der Homepage zu finden sind.

#### Herr Grützmann

Ich stehe hier gewissermaßen als Doppelfunktion und möchte als Gemeindevertreter darüber informieren, was die Agenda Kultur und Bildung der Gemeindeverwaltung heute schon vorgestellt hat. Ich bin etwas enttäuscht von Ihnen, Herr Grubert, dass Sie nicht gleich auf diese Dinge eingegangen sind, sonst hätte ich hier nicht das Wort ergreifen müssen. Nun nutze ich die Gelegenheit und trage kurz vor, welche Punkte die Agenda Kultur und Bildung in einer Ortsbegehung zusammengestellt hat:

1. Bei einer Verlagerung der Jugendfreizeiteinrichtung CARAT ins alte Dorf sollte näher untersucht werden, ob unter Hinzunahme des Kletterfelsen-Grundstückes eine ausreichende Fläche für eine zweizügige Grundschule vorhanden ist.
2. Wegen des Zuschnittes des Grundstückes hinter dem Rathaus dürfte der Kostenrahmen hoch sein, weil es sich um ein sehr schmales Grundstück handelt. Der Wald dahinter darf nicht abgeholzt werden.
3. Eine Kostenverringerung dürfte eintreten, wenn die zu bauende Grundschule in eine Ganztagschule umgewandelt wird, weil der Bau dann kompakter ist und nicht so viele Räume insgesamt benötigt werden.
4. Zur weiteren Untersuchung sollte ein Workshop eingerichtet werden.
5. Wegen der späteren Nachnutzung sollte eine Mensa und eine Küche eingerichtet werden, die frisches Essen liefert. Diese Mensa kann so aufgebaut werden, dass es nach 13:00 Uhr ein Seniorenrestaurant und –café wird.

#### Bürgermeister Herr Grubert

Herr Grützmann, ich habe diese Vorschläge nicht aufgenommen, weil sie in der nächsten Woche in den Ausschüssen an der geeigneten Stelle sind. Ich bedanke mich für Ihre Vorschläge, aber heute ist einfach nur eine Information an die Eltern erforderlich.

#### Vorsitzender des KuSo-Ausschusses, Herr Nieter

Ich begrüße es sehr, dass die Unterlagen schon im Internet verfügbar sind. Das ist ja eine neue Entwicklung, auf die wir in der Gemeindevertretung auch lange hingewirkt haben, dass solche Informationen auch zur Verfügung gestellt werden können, gleichwohl möchte ich das zum Anlass nehmen, für ein bisschen Sorgfalt bei der Lektüre und Vorsicht zu mahnen, denn die Vorläuferpapiere desselben Gutachters,

der Firma Basler & Co, sind bei der Behandlung im letzten Jahr im KuSo-Ausschuss von der Methodik vollkommen verrissen worden und zu Protokoll in Anwesenheit des Bürgermeisters notiert worden, das da ganz erhebliche methodische Mängel bestehen. Es war jetzt noch keine Zeit, weil die Beratung ja erst nächste Woche im Ausschuss stattfindet, das im Einzelnen daraufhin zu überprüfen, ob Verbesserungen nachhaltiger Art eingetreten sind. Die Beratungen müssen natürlich hier in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen stattfinden, aber Sie sind natürlich herzlich eingeladen, Ihren Sachverstand und Ihre Erfahrungen mit einzubringen.

Herr Templin

Ich wollte nur noch darauf hinweisen, wenn Sie sich die Unterlagen anschauen, dann sind Sie aufgefordert, wenn es Ihnen zeitlich möglich ist, tatsächlich auch in den KuSo-Ausschuss zu kommen, weil wir da insbesondere die Zahlen zur Schulbedarfsplanung diskutieren werden.

**Nachfrage von Herrn Liebreuz:**

**Vielen Dank für die vielen Lesehinweise zu dem Dokument. Schön ist, dass es online verfügbar ist, aber ich habe noch eine praktische Frage. Ich habe den subjektiven Eindruck, dass die Gemeinde hinsichtlich des Themas Seeberg-Schule derzeit nur Objekt der Berichterstattung ist. Ich sehe derzeit kein aktives Zugehen über die Presse bzw. über die Website oder andere Formen der Kommunikation, so dass klar ist, was derzeit abläuft. Es steht nicht so sehr zur Diskussion was abläuft, das ist sinnvoll, bloß wir müssen es etwas mehr in die Breite tragen. Konkreter Anlass meiner Frage ist, dass massiv viele Nachfragen von Eltern kommen, die jetzt unmittelbar zur Einschulung ihrer Kinder im nächsten Jahr anstehen und die haben konkret die Alternativen bei anderen Schulen bereits in der Hand. Das heißt, Herr Bürgermeister, welche Empfehlung würden Sie einem Nachbarn geben, der Ihnen genau diese Frage stellt, kann ich mein Kind guten Gewissens in der Seeberg-Schule für das nächste Schuljahr anmelden?**

Bürgermeister Herr Grubert

Am 6. September 2012 habe ich gesagt, dass ich mich mit den Eltern treffen werde. Ich habe mich mit den Eltern getroffen und berichtet. Danach habe ich ein Schreiben an alle Eltern der Schule und des Hortes, an die Schulleitung und die Hortleitung verfasst. Darin habe ich über das Vorgehen berichtet. Dann habe ich gesagt, dass es in der heutigen Sitzung einen Zwischenstand geben wird z. B. über die Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden, dass wir auf einem guten Weg sind und dass in der nächsten Woche die Ausschusssitzungen beginnen. Ich habe immer wieder, wie alle anderen Gemeindevertreter, gesagt, im Januar fällt die Entscheidung. Allen Kindern und allen Eltern kann ich sagen, dass sie beruhigt auf die Seeberg-Grundschule gehen können und das aus den folgenden Gründen. Die Gemeinde Kleinmachnow steht zu einer positiven Schulentwicklung. Ich weiß, dass Schul- und Hortkollegium auf der Seeberg-Schule sehr gut sind. Wir werden in einer gemeinsamen Zusammenarbeit mit den Elternvertretern eine sachgerechte und nachhaltige Lösung finden. Sie brauchen keine Angst zu haben; es werden keine Klassen auseinandergerissen.

**Anmerkung von Herrn Liebreuz:**

**Ich glaube, diese Aussage war an dieser Stelle noch einmal sehr wichtig, weil, nur dadurch, dass sie in dieser offiziellen Art letztendlich erfolgt, können wir sie in vernünftiger Weise weitertragen.**

Bürgermeister Herr Grubert

Damit wir uns hier auch ganz klar verstehen, möchte ich sagen, dass jeder aus der Gemeindevertretung und meine Person auch, wir sind ganz ernsthaft verpflichtet, denjenigen Kindern und noch vielen mehr, die jetzt auf der Schule sind oder die im Sommer eingeschult wurden. Die Kinder, die auf der Schule sind, haben unseren ganz klaren Schutz und wir werden eine nachhaltige Planung erstellen. Die augenblickliche Entwicklung ist, dass wir uns getroffen haben und schon einmal eine Standortvorabsuche gemacht haben. Wir stehen zur Seeberg-Grundschule.

Frau Scheib

Ich möchte noch eines klarstellen. Wir stehen nicht zu einer nachhaltigen Schulentwicklung, sondern wir stehen nachhaltig zur Seeberg-Grundschule. Da spreche ich für unsere Fraktion. Ich war bei dieser Beratung dabei. Einen Punkt möchte ich ganz deutlich noch einmal ansprechen. Es geht nicht nur um die Schule, sondern es geht auch um den Hort. Der Hort alleine sprengt schon die Kapazitäten der anderen Schulen, das heißt, wir müssten dort auch anbauen oder den Bannwald voller Container stellen, allein nur für den Hort. Das ist das Problem. Wenn einer sagt, wir brauchen keine neuen Räumlichkeiten, weil die Schüler kriegen wir von der Schule unter, das stimmt nicht. Wir werden darauf drängen, dass eine vernünftige Lösung gefunden wird und nicht irgendwo anders irgendwas reingepackt wird und irgendwo jahrelang Container stehen.

Bürgermeister Herr Grubert

Frau Scheib, es freut mich sehr, dass Sie das so gesagt haben. Ich hoffe, Sie haben es auch nach der Fraktionssitzung so entsprechend rumgepostet, dass alle genau Ihrer Auffassung sind, dass wir gemeinsam wissen, dass wir neben der Schulproblematik für die Seeberg-Grundschule und den Seeberg-Hort auch ein Hortproblem an der Eigenherd-Schule und an der Steinweg-Schule haben, weil wir dort schon über der Kapazität liegen. Sie sind ja mit mir einer Meinung, dass alle der Meinung waren, dass wir dieses Problem gemeinsam lösen müssen.

Herr Dr. Klocksin

Mein Credo ist, wir sind alle einer Meinung. Das ist die erste gute Nachricht. Die zweite gute Nachricht ist, nach den Basler & Partner Unterlagen, die uns vorliegen und nach den Interpretationen, die wir dabei angestellt haben, werden wir für die nächsten Jahre in diesem Ort Bedarf haben für acht Klassenzüge. Das bedeutet, dass wir drei Schulen brauchen. Diese dritte Schule wird für den nächsten Jahrgang selbstverständlich als Wahlmöglichkeit in Frage kommen. So war ich hier stehe, ist das meine Auffassung. Diese Wahlmöglichkeit wird zu der Folge haben, dass die Schule durchgeführt werden kann. Gleichzeitig gilt, ein Gebäude zu errichten, was einer Nachnutzung tauglich ist. Die entscheidende Nachricht ist, die Seeberg-Grundschule darf nicht zerschlagen werden, sie wird nicht zerschlagen, sie wird, vielleicht am Rande des Seebergs, fortgeführt.

Frau Sahlmann

Alle Gemeindevertreter machen sich wirklich Gedanken. Wir wissen erst seit ganz kurzer Zeit, dass die BBIS den Vertrag gekündigt hat. Seit dem wird intensiv, auch in der Verwaltung, daran gearbeitet, eine Lösung zu finden. Der Bürgermeister hat für die Fraktionsvorsitzenden eine Sondersitzung einberufen. Ich denke, wir haben uns



auf einem guten Wege geeinigt, wie es weitergeht und jetzt kommt das Ganze schon in die Ausschüsse. Ich habe in den letzten Jahren kaum ein Verfahren erlebt, was so schnell angeschoben wurde. Man muss ein wenig Zeit lassen, dass die Verwaltung und die Gemeindevertreter daran arbeiten, sich ein Bild machen und dann zu einer konstruktiven Lösung kommen können. Diese konstruktive Lösung ist sicherlich auch in Ihrem Sinne, aber ein bisschen Geduld muss sein. Es gibt wirklich auch Probleme mit der Förderschule usw. Das sind andere Themen, die will ich jetzt nicht aufgreifen, aber es gibt nicht nur die eine Schule im Ort. Es gibt auch andere Schulen und wir müssen uns dieser Dinge immer annehmen. Ich bitte jetzt um Geduld, dass man im Januar/Februar 2013 eine konstruktive Lösung in der Gemeindevertretung beschließen kann. Davon bin ich auf jeden Fall überzeugt.

**5. Frau Dr. Bastians-Osthaus, Im Tal 30**

- 5.1. Ich habe das Gutachten schon einmal durchgeblättert. Ich bin Mitglied des KITA-Ausschusses im Hort der Seeberg-Grundschule und ich habe auf Seite 17 des Gutachtens den Hinweis gefunden, und die Frage hatten wir uns auch schon mehrfach gestellt, dass für Kinder der fünften und sechsten Jahrgangsstufe, die unter bestimmten Voraussetzungen auch einen Rechtsanspruch haben, eigentlich gar keine Betreuungsangebote vorhanden sind. Das muss in die Kapazitätsplanung unbedingt mit einbezogen werden. Gedenkt die familienfreundliche Gemeinde Kleinmachnow diesen Mangel der bisherigen Versorgungssituation auch im Rahmen des neuen Schulgebäudes etc. mit auszugleichen?**

Bürgermeister Herr Grubert

Das kann ich ganz kurz mit „ja“ beantworten.

**6. Herr Weis, Mittebruch 2**

- 6.1. Wahrscheinlich als Einziger aus der Region TKS habe ich am 23. Oktober den Bildungsausschuss des Kreistages besucht. Ich möchte kurz wiedergeben, dass dort die Abgeordneten der Meinung sind, dass es prüfenswert wäre, die dritte Grundschule gemeinsam als Inklusionsschule neben die Förderschule zu bringen. Ob das geht, dafür sind die Ausschüsse da. Von Seiten der Kreisverwaltung wurde gesagt, dass der Gemeinde Kleinmachnow der Standort Schleusenweg zwei Mal angeboten wurde. In welcher Form wurde dieses angeboten? Stimmt es, dass Sie dieses abgelehnt haben? Wenn ja, aus welchen Gründen wurde es zwei Mal abgelehnt?**

Bürgermeister Herr Grubert

Es ist richtig, dass ich vor einem Jahr mit Herrn Homann ein Gespräch geführt habe, in dem er darüber berichtet hat, dass es beim Kreis hinsichtlich der beiden Förderschulen ein Problem gibt und wie es denn wäre, wenn man die beiden Förderschulen zusammenlegen würde. Er fragte, ob die Gemeinde sich vorstellen könne, dort eine Musterschule als Inklusionsschule einzurichten. Ich habe damals gesagt, dass ich mir das im Moment sehr schwer vorstellen kann. Ich hatte damals die ganz klare Auffassung, dass ich nicht für den Landkreis die Kastanien dafür aus dem Feuer hole und das ich meine, dass der Landkreis verpflichtet ist, Förderschulen zu bauen. Nach der voraussichtlichen Schließung des Standortes der Seeberg-Grundschule auf dem BBIS-Gelände hat der Landkreis kein Gespräch mehr mit mir gesucht. Ich denke, wir sind alle einer Meinung, die Gemeinde muss bis 2015 eine akzeptable Lösung bekommen und ich glaube, dass bei den vielfältigen Problemen, die im Schleusenweg

sind, der Zeitfaktor nicht zu erfüllen ist. Der Zeitfaktor ist für mich und die Eltern am wichtigsten. Ich muss zum 1. August 2015, mit Beginn des neuen Schuljahres, eine dritte Grundschule haben. Das werden wir im Schleusenweg nicht hinbekommen.

Herr Burkardt

Sehr geehrter Herr Kreistagskollege, zu dem Thema der Förderschulen gibt es mittlerweile mehrere ganz klare Kreistagsbeschlüsse. Irgendwelche Gespräche, die ein untergeordneter Mitarbeiter der Kreisverwaltung dazu führt, sind nicht maßgeblich für das, was der Kreistag will. Was der Kreistag will, können Sie nachlesen in den Protokollen und können Sie auch nachlesen im Protokoll der Schulausschusssitzung, von der Sie eben berichtet haben. Das Zusammenführen der beiden Förderschulen an diesem Standort und dies ausdrücklich mit dem Ziel des Erhalts der Albert-Schweitzer-Förderschule. Das ist die Beschlusslage und die wird nicht unterlaufen von irgendwelchen Überlegungen mit Inklusion oder anderem mehr. Das ist eine langfristige Geschichte. Wir wollen die Albert-Schweitzer-Förderschule am Standort Kleinmachnow erhalten.

Bürgermeister Herr Grubert

Ich schließe mich der Meinung von Herrn Burkardt an.

**Anmerkung von Herrn Weis:**

**Ich danke Ihnen, Herr Grubert. Herr Burkardt, Sie brauchen mir nicht etwas von irgendwelchen Protokollen sagen, wenn ich dort persönlich anwesend war. Danke.**

**7. Frau Löwa, Feldfichten 65**

- 7.1. Ich arbeite als Lehrerin an der Albert-Schweitzer-Förderschule. Die beiden Förderschulen haben sich auf den Weg gemacht, dass wir zusammen arbeiten können. Es ist ein weiter Weg, dass auch die beiden Schulen zusammenpassen. Nach dem letzten Bildungsausschuss im Kreis haben wir den Eindruck, dass abgewartet werden soll, wie sich die Schülerzahlen entwickeln. Man fängt nicht an zu bauen. Vieles ist gut geplant, die Architekten waren sehr fleißig und wir konnten Mitsprache erwirken, aber es geht nicht voran. Ich stehe hier für eine kleine Gruppe, die aber die Schwächsten sind. Diese Eltern und Familien haben es unter uns allen am schwersten. Da müssen wir einen Weg finden. Es sind jetzt, beide Schulen zusammengenommen, ca. 80 Schüler, die man nicht einfach mal irgendwo aufteilen kann. Die wachsen auch nicht so schnell raus aus der Schule, so dass man sagen kann, 2015 sind keine Förderschulen mehr da. Da sind noch genug Schüler und ich bin der Meinung, dass es immer noch Schüler geben wird, die keine Regelschule besuchen können. Können sich die Mitglieder der Gemeindevertretung an den Kreis wenden und noch einmal, so wie im letzten Jahr, dazu stehen, dass die Förderschulen hier in der Region ganz wichtig sind und erhalten werden müssen?**

Bürgermeister Herr Grubert

Es gibt heute einen Antrag der Fraktion B 90/Grüne, dem ich beitreten werde. Im Vorfeld der heutigen Sitzung habe ich mit dem Landrat, Herrn Blasig, ein Gespräch geführt. Die Auskunft des Landkreises ist, die Zielstellung auf Zusammenführung bleibt bestehen. Es soll zum 28. Februar 2013 ein Beschluss in den Kreistag eingehen, der diese Zielvorstellung auch mit Geld untermauert, um die baulichen Leistungen

durchzuführen. Ich stehe hundertprozentig hinter dem, was Sie gesagt haben; werde auch Druck auf den Kreis ausüben. Leider handelt es sich aber um eine Kreistagsangelegenheit und der Druck muss dort weiter aufrecht erhalten werden. Die Unterstützung der Gemeinde Kleinmachnow und auch der Kreistagsabgeordneten, die in dieser Gemeindevertretung sind, haben Sie.

#### Herr Burkardt

Wenn es die Kreistagsabgeordneten nicht gäbe, und da schließe ich ausdrücklich den Kreistagsabgeordneten Singer mit ein, dann wäre das Totenglöcklein über die Albert-Schweitzer-Schule schon längst geschwungen worden. Nachdem ich mir das Protokoll des Bildungsausschusses zur Vorbereitung unseres anderen Tagesordnungspunktes noch einmal aus dem Internet ausgedruckt habe, habe ich spontan den Landrat angerufen und ihn auf diese Sitzung und auf das, was seine Verwaltung dort vorgetragen und an Absichten zu erkennen gegeben hat, deutlich aufmerksam gemacht. Ich habe auch deutlich gesagt, dass ich das im Anlauf auf die nächste Kreistagsitzung tue. Es ist nicht damit getan und es ist auch nicht unser Anliegen, den großen Aufschlag zu machen, sondern etwas zu bewegen, dass diese Schule dort existentiell gesichert wird. Der Kreis schafft dafür die räumlichen Voraussetzungen. Das andere Problem sind die Zuweisungen von Schülern. Das erfolgt über den Förderausschuss und wir werden auch mit dem staatlichen Schulamt darüber reden müssen, dass hier durch Nichtzuweisung von Schülern ausgetrocknet wird. Ich habe im Landtag eine Anfrage gestellt, über die Schulzuweisung zu den anderen Förderschulen. Es ist interessant gewesen; es ist die einzige Schule in Kleinmachnow, die in den letzten Jahren keine Zuweisung von Schülern mehr gehabt hat. Die zwei neuen Schüler, die Sie haben, kommen aus Berlin.

#### Herr Templin

Die Gemeindevertretung hat erklärt, dass sie die beiden Förderschulen hier gesichert haben will. Nicht nur gesichert, der Ausbau soll auch attraktivitätssteigernd sein. Das, was Herr Burkardt sagte, haben wir schon vor eineinhalb Jahren beobachtet. Es bestehen Bestrebungen, sie auszutrocknen, in dem Schüler nicht zugewiesen werden. Der Kreistag hat es auch beschlossen, mit Kosten usw., aber in den Protokollen danach taucht immer wieder auf, dass es von der Schulentwicklungsplanung abhängig gemacht werden muss. Es steht auch drin, dass sie ein Signal aus der Gemeinde haben wollen. Auch wenn das in der Kürze der Zeit eine Doppelung ist, die wir später behandeln, ist es das, was wir als Gemeindevertretung machen können. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Wir wollen diese beiden Schulen hier in Kleinmachnow am Standort Schleusenweg erhalten und werden auch insistieren und auf den Kreis einwirken, dass dies passiert und umgesetzt wird.

#### Frau Sahlmann

Im Vorfeld haben wir uns auch mit anderen Gremien verständigt z. B. mit der Lebenshilfe e. V. Das sind Vertreter im Kreis, die sich für diese Behinderten einsetzen und die sagen ganz deutlich, dass dieser Schulstandort erhalten werden muss und dass Inklusion nicht mit jedem Kind geht und dass man nicht auf das Land warten soll, sondern den Kindern und Eltern vor Ort helfen muss. Es gibt eben so schwer behinderte Kinder, die in einer solchen Schule einfach besser aufgehoben sind. Davon bin ich fest überzeugt. Aus diesem Grund bitte ich später für unseren Antrag noch einmal um Unterstützung.

### **8. Herr Vogelgesang, Unterberg 34**

- 8.1. Ich habe noch eine Frage zur Zeitschiene, was die Seeberg-Schule betrifft. Es wurde ja darauf verwiesen, dass es noch andere Schulen im Ort gibt, was natürlich richtig ist. Ich denke aber, dass hier eine Sondersituation besteht, die in Folge dessen, auch eine Sonderbehandlung der Schule rechtfertigt. Die Sondersituation besteht darin, dass es ab 2015 kein Schulgebäude mehr gibt. Offensichtlich wird ja über einen Schulneubau nachgedacht. Wenn ich das richtig sehe, muss so etwas ausgeschrieben werden, dann geht es durch die verschiedenen Planungsphasen und dann muss ja auch noch gebaut werden. Mit welcher Planungs- und Baudauer wäre zu rechnen?**

Bürgermeister Herr Grubert

Wie ich schon ausgeführt habe, brauche ich zum 1. August 2015 für die Seeberg-Grundschule ein neues Schulgebäude. Ich muss natürlich den normalen Diskussionsprozess hinsichtlich der Nachhaltigkeit und dieser ganzen Untersuchungen durchlaufen. Ich habe deshalb gegenüber der BBIS immer darauf gedrängt und seit zweieinhalb Jahren versucht, den Vertrag über 2015 hinaus zu verlängern. Im Vertrag hätte nämlich nur eine Kündigungsfrist von neun Monaten zum Abschluss des Schuljahres gestanden. Ich bin sehr froh, dass mir die Internationale Schule wenigstens eine, wenn auch negative, Antwort gegeben hat. Die Gemeindevertreter und ich werden alles in Bewegung setzen, um zum 1. August 2015 einen neuen Standort zu haben. Das werden wir machen und deshalb auch die Entscheidung im Januar, auch wissend um die Einschulungen für das Schuljahr 2013/2014. Um noch einmal aufzugreifen, was Herr Dr. Klocksin schon angemerkt hat, wer eingeschult wird, soll auch die Garantie von uns bekommen, bis zum Ende dort zu bleiben. Beschleunigen kann ich es leider nicht. Wenn wir eine gemeinsame Entscheidung haben, hinsichtlich des Architekten und der Ausstattung, werden wir alle an einem Strang ziehen, was zu einem positiven Ergebnis führen wird. Wir schaffen es bis 2015.

**Nachfrage von Herrn Vogelgesang:  
Rechnen Sie damit, in der zur Verfügung stehenden Zeit zu schaffen?**

Bürgermeister Herr Grubert

Ja, ich rechne damit. Gemeinsam schaffen wir es.

<b>TOP 5</b>	<b>Mitteilungen, Informationen, Berichterstattungen</b>
--------------	---

<b>TOP 5.1</b>	<b>Informationen des Bürgermeisters</b>
----------------	---

**Einwohnerzahlen per 08.11.2012**

Hauptwohnung: 20.130

**Volksbegehren BER, Stand.08.11.2012 , 15:00 Uhr**

Bisher gibt es 5.648 Eintragungen. Unser Ziel sind 7.000 bis 8.000 Eintragungen zu erreichen. Ich bitte alle Bürger zu überlegen, ob sie unterschreiben wollen. Wir brauchen ein Nachtflugverbot ab 22:00 Uhr.

#### **24. BMW Mini – Marathon (4,2195 km)**

Grundschulen Mädchen:	Platz 1	Eigenherd-Schule
	Platz 2	Steinweg-Schule
	Platz 5	Eigenherd-Schule

von insgesamt 103 Teams á 10 Läuferinnen

Grundschulen Jungen:	Platz 4	Eigenherd-Schule
----------------------	---------	------------------

von insgesamt 155 Teams á 10 Läufer

#### **Bombenentschärfung**

Auf Stahnsdorfer Gemeindegebiet im Waldstück Dreilinden wurde eine 500 Pfund-Bombe bei Tiefbauarbeiten entdeckt und am 7. November 2012 letztendlich kontrolliert gesprengt. Auf Kleinmachnower Gebiet wurden insgesamt ca. 150 Personen evakuiert. Im Rathaus wurden Räume zum Aufenthalt zur Verfügung gestellt. Seitens der Gemeinde Kleinmachnow war alles bestens organisiert. Vielen Dank an das Ordnungsamt und an die weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unterstützend wirkten.

#### **Waldorf-Kita**

Am 1. November 2012 ist die Waldorf-Kita bezogen worden. Fünf große Gruppenräume mit allen erforderlichen Nebenanlagen stehen zur Verfügung. In der Kita ist Platz für bis zu 60 Kindergarten- und 30 Krippenkinder.

#### **Spielplatz Ameisengasse**

Die Spielgeräte (Klettergerüst & Netzschaukel) werden im Dezember aufgestellt. Die Kinder der Grundschulen, insbesondere der Grundschule Auf dem Seeberg, haben bei der Gestaltung mitgewirkt. Ich hoffe, der Spielplatz wird gut angenommen.

#### **Wildschweine**

Wildschweine sind wieder verstärkt zu sehen. Durch die veränderte Rechtsauffassung zur Jagd in der Ortslage herrscht bei den Jägern eine gewisse Unsicherheit. Demnächst gibt es dazu eine Zusammenkunft bei der Oberen Jagdbehörde.

#### **Europarc**

Heute wurde das „Pre-Opening“ eines neuen Bürogebäudes im Europarc gefeiert. In diesem Jahr wurden 50.000 m<sup>2</sup> Fläche im Europarc verkauft und bis Ende nächsten Jahres wird die Zahl der Arbeitsplätze um weitere 500 auf 3000 steigen. Von den insgesamt 750.000 m<sup>2</sup> Fläche sind bisher 450.000 m<sup>2</sup> verkauft worden.

#### **Nachfragen:**

##### Frau Schwarzkopf

Bei den Gesprächen mit der Oberen und der Unteren Jagdbehörde bitte ich zu klären, ob nach wie vor Wild angefüttert wird. Einige Bürger haben darauf hingewiesen, dass auf unbebauten Grundstücken Mais ausgebracht wurde, was die Wildschweine in den Ort zieht. Wir hatten ja schon einmal darauf hingewiesen, dass es

zwei Luderschächte gibt, was ebenfalls dazu beiträgt, dass das Wild in den Ort gezogen wird.

Bürgermeister Herr Grubert

Ich nehme Ihren Hinweis auf. Ich bitte aber darum, mich per Mail über solche Vorfälle zu informieren. Die Hinweise werde ich dann an die Untere Jagdbehörde weitergeben.

Herr Kreemke

Der Information des Bürgermeisters zum Erfolg der Eigenherd-Schule beim Mini-Marathon möchte ich noch hinzufügen, dass der Gemeindevertreter Herr Heilmann maßgeblich an diesem Erfolg beteiligt ist. Für sein Engagement spreche ich ihm meinen Dank aus.

<b>TOP 5.2      Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung</b>
--

Auf Initiative des Heimatvereins und mehreren Mitgliedern dieser Gemeindevertretung fand am 30. Oktober 2012 eine Gedenkveranstaltung anlässlich einer Gemeindevertreterversammlung vor 60 Jahren statt. An der Gemeindevertreterversammlung am 30. Oktober 1952, die in den Kammerspielen stattfand, nahmen mehrere tausend Kleinmachnower teil. Auf Grund dieser Veranstaltung wurden viele Kleinmachnower verhaftet und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Am 3. November 2012 fand im Bürgersaal eine szenische Lesung statt, die an die Ereignisse erinnerte. Diese Veranstaltung war ebenfalls gut besucht. Im Namen der gesamten Gemeindevertretung möchte ich mich bei Frau Heilmann und beim Heimatverein für die gute Organisation der Veranstaltungen und das „Andenken bewahren“ bedanken.

Herr Grützmann

Ich möchte Frau Heilmann gratulieren, dass Sie diese ganze Arbeit im Rahmen einer Masterarbeit geleistet hat. Es ist etwas ganz außergewöhnliches, dass eine Studienrätin sich dieser Mühe unterzieht. Dazu sollten wir ihr mit Beifall gratulieren. Sie ist außerdem eine vorzügliche Chefin des KITA-Werksausschusses. Die Misere in Bezug auf die Horte, die kann man tatsächlich der Vorsitzenden nicht anlasten. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen.

<b>TOP 5.3      Geschäftsbericht der gewog für das Jahr 2011</b>
--

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2011 der gewog liegt in schriftlicher Form vor. Der Geschäftsführer, Herr Fischer, gibt für die anwesenden Gäste eine Zusammenfassung des Berichtes.

Nachfragen zum Bericht:

Herr Musiol

Auf Seite 1 des Berichtes ist bei den verwalteten Grundstücken ein enormer Sprung zu den letzten Jahren zu verzeichnen. Können Sie dazu noch etwas sagen?

Geschäftsführer gewog, Herr Fischer

Das hängt damit zusammen, dass viele Restitutionsgrundstücke zurückgegangen sind und dass wir einige gemeindeeigene Grundstücke in die Hoheit der Gemeinde zurückgegeben haben. Das sind Grundstücke, die nicht unbedingt an Straßen liegen, für die es auch keine Pachteinnahmen und im Prinzip nicht wirklich etwas zu verwalten gibt. Das wird jetzt durch die Gemeinde selbst verwaltet.

Frau Schwarzkopf

Nach dem 15. September war das Freibad ja noch länger geöffnet. Ich hatte mit dem Bademeister darüber gesprochen, ob man das auch bekannt machen könnte. Es gab keinen Aushang. Die Leute konnten nur beim täglichen Besuch feststellen, dass das Freibad noch geöffnet ist. Das war nicht so günstig. Die Frühöffnung von 7:00 bis 9:00 Uhr ist sehr gut angenommen worden. Ich hätte gerne gewusst, welche Gruppen in dieser Zeit das Freibad unentgeltlich nutzen können.

Geschäftsführer gewog, Herr Fischer

Was den Aushang betrifft, da müsste ich beim Betriebsleiter des Freibades nachfragen. Entsprechende Pressenotizen zur längeren Öffnung des Freibades wurden aber herausgegeben. Die Frühschwimmerzeiten wurden angenommen, wobei es sich eigentlich nur um eine Verlagerung der Frühschwimmerzeiten von 9:00 Uhr auf 7:00 Uhr handelt. Es gab aber auch Beschwerden, warum die Happy-Hour-Zeit, wo nur die Hälfte des Eintrittspreises verlangt wurde, nach vorne verlagert wurde, da ab 9:00 Uhr nun der volle Eintrittspreis zu zahlen ist. Das Zahlenmaterial habe ich statistisch für jeden einzelnen Tag der Badesaison auswerten lassen und Frau Konrad zur Verfügung gestellt.

Herr Singer

Sie haben ausgeführt, dass sich der Aufsichtsrat am 4. Dezember 2012 mit dem barrierefreien Wohnen befassen wird. Gibt es die Möglichkeit, dass die konkreten Planungen im Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales vorgestellt werden?

Geschäftsführer gewog, Herr Fischer

Natürlich werden die Planungen erst im Aufsichtsrat vorgestellt. Möglicherweise gibt es noch Anregungen aus dieser Veranstaltung, da es noch nicht das Ende der Planungen ist. Gleichermaßen werden wir natürlich auch den Gesellschafter darüber informieren und auf diesem Wege werden sie darüber auch Kenntnis erlangen. Wenn die Planungen dann feststehen, werden die Gemeindevertretung und die Personen, die sich bisher für diese Wohnungen beworben haben, ganz offiziell darüber informiert, was entsteht und zu welchen Bedingungen und Kosten die Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Meines Wissens möchte die Gemeindevertretung noch eine Vergaberichtlinie beschließen, die in diesem Monat noch in den Ausschüssen und im Dezember in der Gemeindevertretung behandelt wird. Das sind alles Punkte, die da noch mit reinspielen und am Ende zu konkreten Aussagen führen werden und die werden wir ihnen selbstverständlich zur Verfügung stellen.

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2011 des Eigenbetriebes Bauhof liegt in schriftlicher Form vor. Der Werkleiter, Herr Eggert, gibt für die anwesenden Gäste eine Zusammenfassung des Berichtes.

**TOP 6**

**Evangelische Kirchengemeinde Kleinmachnow - Informationen zum Stand neues Gemeindezentrum durch die Evangelische Kirchengemeinde**

Herr Pfarrer Duschka von der Evangelischen Kirchengemeinde

„Vielen Dank, dass ich hier zu Wort kommen kann. Ich habe darum gebeten kurz berichten zu dürfen und möchte Sie informieren über die Entscheidung des Gemeindegemeinderates unserer Kirchengemeinde zum anvisierten Standort eines Kirchneubaus. Seit zehn Jahren beschäftigen wir uns mit Plänen der Erweiterung bzw. eines Neubaus, eines größeren Kirchscaals und von Gemeinderäumen. In dieser langen Zeit ist die Situation, die dazu geführt hat, darüber nachzudenken, nicht leichter geworden. Gottesdienste und Konzertveranstaltungen müssen ausgelagert oder öfter wiederholt werden, weil unsere beiden Kirchräume die Kapazität nicht haben. Maximal 230 Besucher haben dort Platz. Zudem führen neue Gemeindeaktivitäten und der enorme Anstieg der Konfirmandenzahlen zu großen, fast täglichen Platzproblemen in unserem Gemeindehaus. Für neue Aktivitäten wie z. B. der Ausbau der Seniorenarbeit haben wir keine Räume und auch keine barrierefreien Räume, wo man diese Arbeit adäquat leisten kann. Seit Jahren sind wir deshalb auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück für einen Kirchneubau und mit dem städtebaulichen Realisierungswettbewerb, der 2008 zu Ende ging, wurde der Fokus unserer Bemühungen auf einen Standort neben der Dorfkirche im alten Dorf gelegt. Anschließend haben Sie am B-Plan für dieses Gebiet gearbeitet und den Baustandort und nötige Stellplätze in den bisherigen Entwurf aufgenommen. Im Februar dieses Jahres ist dann durch das Landesumweltministerium ein Bescheid eingegangen, dass der Entlassung des Baustandes aus dem Landschaftsschutzgebiet nicht zugestimmt wird. Das brachte uns als Kirchengemeinde in eine schwierige Situation, denn wir sahen zunächst all unsere Bemühungen als gescheitert. Und so haben wir dann mit den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen der Gemeindevertretung und zusammen mit Vorsitzenden von Bau- und Umweltausschuss zu einer Aussprache zum Thema Kirchneubau – Suche eines neuen, geeigneten Standortes eingeladen. Es wurde versucht, alle möglichen Standorte im Ort aufzulisten, die dann von unserem Architekturbüro in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Bauen/Wohnen, besonders mit Herrn Ernsting, analysiert worden sind. Im Mai konnte dann bei unserem nächsten Treffen eine umfangreiche Standortanalyse vorgestellt werden. Drei Standorte blieben übrig, die für die Realisierung unseres Vorhabens geeignet schienen. Hierzu gehörte das eigene Grundstück am Jägerstieg 2, hinzu kamen das Grundstück hinter dem Rathaus, das die gewog gekauft hat, und erneut ein Grundstück im alten Dorf, denn das Umweltministerium hatte in seiner Ablehnung des alten Standortes, dort wo die ehemalige Guttscheune stand, angedeutet, dass sie sich eine Verschiebung des Baukörpers auf den Gutshof selbst, etwa im Bereich der ehemaligen Stallungen, vorstellen könnte. Diese Möglichkeit hat der Bürgermeister in einem persönlichen Gespräch mit der Behörde noch einmal erörtert. Hier stehen keine unüberwindbaren Bedenken bezüglich des Umweltschutzes unserem Vorhaben entgegen. Die Untere Denkmalschutzbehörde hat uns erklärt, dass sie sich durchaus so einen Bau im alten Gutshof vorstellen könnte, auch wenn das Gebäude höchstwahrscheinlich über die Grenzen der alten Stallungsgebäude hinausgehen müsste. Mit diesen drei Standorten, zusätzlich der Variante die Auferstehungskirche am Jägerstieg nur zu renovieren, hatten wir vier Varianten, die wir dann in den



nächsten Monaten diskutiert haben. Der Gemeindegemeinderat wollte die Kirchengemeinde in einem breiten Verfahren beteiligen und so erging ein Brief mit einer Einladung zur Beteiligung an alle evangelischen Haushalte. In den Kreisen der Gemeinde wurde informiert, es gab eine zentrale Informationsveranstaltung im September und da die Möglichkeit, mit dem Gemeindegemeinderat ins Gespräch zu kommen und es fanden gemeinsame Sitzungen mit unserem Gemeindebeirat statt. Die Gemeindegemeindemitglieder konnten bis in den September persönlich, schriftlich, telefonisch oder auf unserer Homepage sich zu eventuellen Standorten äußern. Aus der Fülle der Rückäußerungen hat der Gemeindegemeinderat Kriterien erarbeitet, die ihm für die Realisierung des Vorhabens wichtig erschienen. Zu diesen von uns erarbeiteten Kriterien gehörten u. a. die Konzentration an einen Ort, die spirituelle Atmosphäre des Ortes, die historischen Wurzeln, Bau- und Betriebskosten, eine Finanzierbarkeit, eine Erreichbarkeit des Ortes sowie die Möglichkeit, für genügend grüne Außenanlagen. Danach haben wir diese Kriterien, die wir für uns erarbeitet haben, an die vier Varianten angelegt und daraus ergab sich dann für den Gemeindegemeinderat ein eindeutiger Vorteil für den Standort im alten Dorf. Der Gemeindegemeinderat hat in seiner letzten Sitzung dann mit großer Mehrheit beschlossen, dass Neubauprojekt im alten Dorf in unmittelbarer Nähe zur alten Dorfkirche zu realisieren. Wir meinen, dass diese Entscheidung sowohl für die Kirchengemeinde als auch für die Kommune zukunftsweisend sein kann. Hier können wir in Kombination mit der Dorfkirche einen attraktiven Standort schaffen, der sowohl neue Perspektiven für das Gemeindeleben eröffnet wie auch für die Belebung des alten Dorfes. Deshalb bitten wir Sie, das B-Planverfahren weiterzuführen und zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, so dass wir bald bessere Bedingungen für unsere Gemeindegemeindearbeit erhalten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Vorsitzender der Gemeindevertretung, Herr Warnick

Ich möchte Sie darüber informieren, dass der Bürgermeister beabsichtigt, zusammen mit der Verwaltung im Januar diese Thematik in den Ausschüssen zu behandeln. Ich schlage vor, dass nicht alle Fraktionen ihre Statements zu dieser Entscheidung abgeben, sondern dass wir uns auf Nachfragen an Herrn Duschka konzentrieren.

Nachfragen:

Frau Sahlmann

Wie war das Ergebnis der Befragung der Basis? Das hat ja im Internet stattgefunden. Der Kirchenvorstand hat offensichtlich dem Standort altes Dorf zugestimmt. Wie hat der Kirchenbeirat abgestimmt?

Pfarrer Duschka

Es gab keine Abstimmung im Internet, insofern dass sie ausschließlich im Internet war, sondern die Einträge die im Internet kamen, sind uns teilweise auch schriftlich zur Verfügung gestellt worden und wir haben sie dann eingetragen. Das zum Verfahren. Das was dort niedergelegt wurde, war mehrheitlich für den Standort Adolf-Grimme-Ring. An zweiter Stelle kam der Standort altes Dorf und sehr weit abgeschlagen der Standort Jägerstieg. Am 9. September fand die Gemeindeversammlung statt, in der noch einmal informiert und diskutiert wurde. Nach der Gemeindeversammlung wurden alle Anwesenden gebeten, noch einmal abzustimmen. Die Tendenz ging dann eindeutig zum Standort altes Dorf, dann Adolf-Grimme-Ring und dann Jägerstieg. Der Gemeindegemeinderat hat mehrheitlich für den Standort altes Dorf votiert und abgestimmt, der Gemeindebeirat hat sich sehr eindeutig für den Standort Jägerstieg entschieden.

Herr Templin

Im Gemeindebrief habe ich gelesen, dass sich an der Abstimmung über den Standort 42 Mitglieder beteiligt haben, von denen sich 26 für das alte Dorf ausgesprochen haben. Das muss offensichtlich völlig falsch sein, weil Sie sagten, eine Fülle an Rückläufen. Können Sie das bitte noch einmal klarstellen? Als ein Kriterium haben Sie die spirituelle Situation des Ortes genannt. Wie erklären Sie sich, dass eine Kirche an einer Peripherie, weil Sie ja dann den Jägerstieg aufgeben wollen, als eine Kirche im Orte eine größere Spiritualität hat, als an diesem Standort?

Pfarrer Duschka

Der Standort im Ort, ob nun in der Peripherie oder im Zentrum, sagt noch nichts über die Spiritualität eines Ortes aus. Wenn wir uns den Ort altes Dorf anschauen, hat er natürlich den unschlagbaren Vorteil, dass wir dort eine über 400 Jahre alte Dorfkirche haben, die ohne Frage diesen Charakter hat und wir uns vorstellen, dass gerade in der Kombination von alt und neu etwas ganz neues, besonderes entstehen kann. Diese Dorfkirche, die uns so lieb und wert ist und die wir leider zurzeit nur als Sommerkirche nutzen können und das auch nicht immer, weil uns z. B. auch solche Dinge wie das Kirchencafe nach dem Gottesdienst und andere Dinge wichtig sind. Wir würden die Dorfkirche aufwerten, hätten wir genügend Räume in unmittelbarer Nähe, wo man auch andere Veranstaltungen durchführen kann. Das in Kombination zueinander macht es im Prinzip aus. Wie die Zahlen die Sie genannt haben zu Stande gekommen sind, kann ich ihnen nicht sagen. Die Zahlen sind auf jeden Fall nicht richtig.

Herr Templin

Das ist jetzt nicht nur eine rhetorische Frage gewesen mit der Spiritualität, weil sie ja einen Standort aufgeben. Bisher haben Sie den Standort altes Dorf mit der alten Dorfkirche, Sie haben den Jägerstieg, Gottesdienst im Augustinum. Ferner wollen Sie den Jägerstieg nicht mehr haben und alles im alten Dorf; nur noch ein Kirchenstandort. Das ist das Problem für mich dabei, dass Sie sozusagen das Separate, Kirche im Ort oder Kirche an mehreren Standorten usw. und damit auch die Spiritualität des Jägerstieges offensichtlich wesentlich geringer bewerten, als wenn das alles in einem neuen Funktionsbau usw. geleistet wird.

Herr Nieter

Wie viele Mitglieder hat die Kirchengemeinde?

Pfarrer Duschka

Knapp 5.500.

Herr Nieter

Das verantwortliche Leitungsgremium, weil das hier mit den verschiedenen Gremien und Abstimmungsmodalitäten frei weg durcheinander gebracht wurde, das verantwortliche Leitungsgremium ist nach meiner Kenntnis der Gemeindegemeinderat so wie die Gemeindevertretung die Gemeindevertretung für den Ort ist und nicht die Agenda-Gruppe oder sonst etwas. Alles andere sind nach meiner Kenntnis Beratungs- oder andere Erkenntnisquellen. Ich habe es so verstanden, dass die Verantwortung aber der Gemeindegemeinderat hat. Bestätigen Sie das?

Pfarrer Duschka

Ja.

Frau Schwarzkopf

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wird bei der Option Jägerstieg lediglich ein Erweiterungsbau in Betracht gezogen. Wenn der Bauhof seinen Standort verlassen würde, wäre das eine Option oder denken Sie jetzt in diesem Zusammenhang nicht darüber nach?

Pfarrer Duschka

Wenn zugesichert würde, dass das so kommt und in einer Zeitschiene, die für uns verantwortbar ist, ist das natürlich eine Option. Die sehe ich aber zurzeit so nicht. Wir hatten die Aufgabe, und zwar auch aus dem Kreise der hiesigen Vertreter der Fraktionen, zu sagen, wo wir hinwollen und man würde uns ihre Meinung dazu sagen. Es hieß, man hätte nicht die Aufgabe, für uns einen Standort zu suchen. Die Kirchengemeinde hat sich einen Standort gesucht. Um alle Kräfte zu bündeln, um jetzt mit Ihnen zusammen zu versuchen das Beste für die Kirchengemeinde zu entwickeln, geht es auch um Zeit. Ich habe nur angerissen die Problematik die wir tagtäglich haben, die zu wenigen Räume, die nicht barrierefreien Räume, der nicht gesicherte Brandschutz im Jägerstieg. Die Probleme, die damit zusammenhängen, brennen uns jetzt so unter den Nägeln, dass ein Leidensdruck entstanden ist und wir sind ja nun schon zehn Jahre an dem Thema dran. Immer wieder auf die nächste Option vertröstet zu werden, die dann auch wieder nicht greift, ist für mich schwer vorstellbar. Wir mussten jetzt Nägel mit Köpfen machen und sagen, jetzt wollen wir dahin und jetzt wollen wir alle Kräfte bündeln.

Herr Grützmann

Die KITA „Arche“ lässt sich ja nun leider nicht auf Räder stellen und ins alte Dorf verfrachten. Die „Arche“ stellt aber im Gemeindeleben auch eine nicht zu vernachlässigende Größe dar. Herr Seibt macht ja dort die frühmusikalische Erziehung. Wie wollen Sie das Problem lösen, dass es dann plötzlich einen so großen Abstand zu dieser im Grunde genommen auch kirchlichen Einrichtung gibt?

Pfarrer Duschka

Wer mich kennt, weiß, dass die „Arche“ mir lieb und wert ist und ich das Mitarbeiter-team dort in allem unterstütze. Natürlich haben wir uns das auch schon überlegt und zum einen ist es natürlich ein sehr schöner Zustand, dass die „Arche“ jetzt neben unserem Gemeindehaus ist, aber dieser Zustand währt jetzt etwas mehr als zehn Jahre. Also, wir haben 50 Jahre auch mit anderen Bedingungen gelebt und ich denke, da ist auch gute Arbeit gemacht worden und es gilt einfach dann auch neue Dinge auszuprobieren und Phantasie zu zeigen. Ich bin sicher, dass wir die gute Arbeit, die wir jetzt leisten, dann unter anderen Bedingungen weiter leisten werden. Herr Seibt ist auch vorher in die „Arche“ gegangen und hat mit den Kindern gesungen, unabhängig davon, wo die „Arche“ war.

Herr Templin

In dem Modell, dass Sie der Gemeinde auch überlassen haben mit den unterschiedlichen Kubaturen im Gelände des alten Dorfes, da haben Sie auf dem Ge-

lände der alten Stallungen Ihre Gemeinderäume, Büros usw. vorgesehen. Offensichtlich liegt in diesen Räumen das größte Problem des Standortes Jägerstieg. Warum treten Sie nicht dem Gedanken nahe, an dieser Stelle tatsächlich auf der Kubatur der alten Stallungen diese notwendigen Räumlichkeiten zu errichten und auf eine neue Kirche zu Lasten des Jägerstiegs zu verzichten?

#### Pfarrer Duschka

Ich habe jetzt besonders die Gemeinderäume und die Arbeit in der Woche benannt, weil das das tagtägliche Problem ist, was natürlich immer wieder einen gewissen Leidensdruck schafft und auch erhöht. Unabhängig davon gibt es aber die Probleme, die wir mit größeren Veranstaltungen haben. Das sind Gottesdienste mit besonderem Charakter, Konzertveranstaltungen, Feste etc., so dass wir davon ausgehen, dass ein Gemeindezentrum nur mit Gemeinderäumen allein nicht zukunftsweisend für die Arbeit der Kirchengemeinde ist, sondern wir auch einen größeren Kirchsaal brauchen, aber in einer bestimmten Größe nicht tagtäglich, auch nicht wöchentlich, sondern immer punktuell. Ein Architekturentwurf wird Näheres bringen können, aber wir stellen uns vor, dass wir ein Gebäude errichten, in dem es einen Gemeindesaal gibt, der 250 Personen Platz bietet. Das ist mehr, als wir jetzt in beiden Kirchen jeweils unterbringen können und dass dazu dann punktuell weitere Räume hinzu geschaltet werden können, dass man dann die Spitzen abdecken kann und dann ein Gottesdienstsaal für etwa 330 Besucherinnen und Besucher schafft. Das ist, so denke ich, für die Struktur unserer Kirchengemeinde zukunftsweisend. Nicht einen großen Saal ständig vorzuhalten, was viel zu teuer wäre. Zurzeit haben wir ca. 80 bis 100 Gottesdienstbesucher zu den normalen Gottesdiensten. Da würde man sich in einem so großen Saal nicht wohlfühlen, aber in einem Saal, der 250 Plätze bietet, durchaus. Das Problem liegt ja auch in der Auslagerung von größeren Veranstaltungen. Die Technik muss hingebbracht und aufgebaut werden, teilweise mehrmals, da vor den Konzerten ja auch Proben stattfinden. In letzter Zeit haben wir auch das Problem bekommen, dass unsere kirchlichen Partner im Kirchenkreis immer höhere Mieten nehmen.

#### Herr Musiol

Die Veranstaltung heute soll dazu beitragen, uns Ihren Standpunkt nahe zu bringen. Ist es richtig, dass schon die Entwidmung der Auferstehungskirche eingeleitet wurde?

#### Pfarrer Duschka

Die Entwidmung wurde noch nicht eingeleitet. Der Gemeindegemeinderat hat beschlossen, die Entwidmung zu beantragen. Das wurde uns auch von der Landeskirche empfohlen, weil unabhängig wie wir jetzt entschieden hätten, bei Umbau und Abriss und Neubau, wäre diese Entwidmung auch nötig. Mit dem Beschluss des Gemeindegemeinderates haben wir einen länger währenden Prozess eingeleitet, der jetzt langsam weitergeht und irgendwann einmal abgeschlossen ist, wenn wir vom alten Gebäude ins neue ziehen.

#### Herr Dr. Klocksin

Nach dem Internetauftritt von heute haben wir die Situation, dass zu den vier Varianten, die Sie vorgeschlagen haben, insgesamt 224 Kommentare eingegangen sind. 88 Kommentare für die Variante Gutshof und 136 Kommentare für die anderen drei Varianten. Die Mehrzahl davon, mit 94 Kommentaren, für die Variante hinter dem Rathaus. Meine Frage bezieht sich auf den Standort Gutshof. Die Gemeinde-

vertretung hat in ihrer breiten Mehrheit die von Ihnen favorisierte Gutsscheune als Standort unterstützt. Wir haben auf die Anpassung des B-Planes hingewiesen. Sie haben gleichzeitig ausgeführt, dass das von Ihnen jetzt beabsichtigte Vorhaben selbstverständlich die Kubatur der Stallungen überzeichnen würde, sowohl in der Breite und notwendigerweise auch in der Höhe, was dazu führen würde, dass der Grundriss des Gutshofes in seiner Proportion dauerhaft nicht mehr rekonstruierbar wäre. Ist es für Sie vorstellbar, immer unter der Prämisse Ihres Interesses die räumliche Nähe zur alten Dorfkirche zu wahren, das Gilly-Schloss in der Kubatur zu rekonstruieren mit dem Ziel, sowohl ein Multifunktions- und Andachtsraum ebenso wie gemeindegkirchliche Einrichtungen dort zu bündeln und damit der Rekonstruktion des alten Gutshofes einen möglicherweise stärkeren Impuls zu geben, als das eine Teilüberbauung einer Kubatur sein könnte?

#### Pfarrer Duschka

Die Standortanalyse, die wir Ihnen auch zur Verfügung gestellt haben, hatte auch diesen Standort untersucht. Für die Kirchengemeinde ergeben sich zwei Probleme. Zum einen ist die Kubatur des Gilly-Schlusses nach dem von uns erarbeiteten Raumbuch so nicht möglich. Man müsste darüber hinaus gehen und Dinge auslagern, was Schwierigkeiten beinhaltet. Das wesentliche Argument, das uns dazu gebracht hat, diesen Standort auszuschließen, war die Aussage der Oberen Denkmalbehörde, dass die Kellergewölbe des alten Schlosses als Denkmal zu erhalten und nicht integrierbar sind in einen Neubau.

### **TOP 7 Freibad Kiebitzberge**

#### **TOP 7.1 Gründung der Freibad Kiebitzberge GmbH**

**DS-Nr. 157/12**

1. Die Gemeinde Kleinmachnow gründet zusammen mit der Stadt Teltow und der Gemeinde Stahnsdorf eine gemeinsame Besitz- und Betriebsgesellschaft in Form einer GmbH. Diese Gesellschaft lautet auf den Namen „Freibad Kiebitzberge GmbH“ (nachfolgend „die Gesellschaft“). Die Gemeinde Kleinmachnow hält 49,8 %, die Stadt Teltow 30,2 % und die Gemeinde Stahnsdorf 20 % der Gesellschaftsanteile.
2. Dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung (Anlage 2) mit der Stadt Teltow und der Gemeinde Stahnsdorf wird zugestimmt.
3. Der Gesellschaftsvertrag (Anlage 3) der Gesellschaft wird beschlossen. Als Geschäftsführer der Gesellschaft wird vorläufig der Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow, Herr Michael Grubert, bestellt.
4. Dem Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages (Anlage 4) mit der Gesellschaft wird zugestimmt.
5. Der Bürgermeister wird mit der Vornahme der für die Umsetzung der Beschlüsse zu 1. bis 4. erforderlichen Maßnahmen, Willenserklärungen und Rechtserklärungen beauftragt. Er hat über den Stand der laufenden Umsetzung regelmäßig bzw. nach Umsetzung abschließend in der Gemeindevertretung zu informieren.
6. Für den Fall, dass sich auf Grund rechtlicher Änderungen oder auf Grund von Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde, das Finanzamt oder das Registergericht Änderungen an den Verträgen als notwendig erweisen sollten, wird der Bürgermeister ermächtigt, diese Änderungen vorzunehmen, soweit dadurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird. Über die Änderungen ist die Gemeindevertretung zu informieren.

Anlagen

1. Gründungsbericht nebst Anlage
2. Kooperationsvereinbarung
3. Gesellschaftsvertrag
4. Erbbaurechtsvertrag

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

**An der Aussprache zur DS-Nr. 157/12 beteiligen sich:**

Herr Templin  
Herr Kreemke  
Herr Singer

**Abstimmung zur DS-Nr. 157/12:**

Die DS-Nr. 157/12 wird einstimmig beschlossen.

**10 Minuten Pause 20:20 Uhr bis 20:30 Uhr.**

**TOP 8      Satzungen und Beschlüsse nach BauGB/BauO, Bauangelegenheiten**

**TOP 8.1      Öffentliche Auslegung des Entwurfes der 2. Änderung des Bebauungsplans KLM-BP-022 "Alte Zehlendorfer Villenkolonie" für genehmigungsfreie Vorhaben (Auslegungsbeschluss)      DS-Nr. 020/12**

1. Das mit DS-Nr. 064/11 vom 05.05.2011 eingeleitete Verfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-022 für den in Anlage 1 abgegrenzten Geltungsbereich wird unter der Bezeichnung  
2. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-022 „Alte Zehlendorfer Villenkolonie“ für genehmigungsfreie Vorhaben weitergeführt. Dieser Beschluss und die damit verbundene Änderung der Bezeichnung sind öffentlich bekannt zu machen.
2. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans KLM-BP-022 „Alte Zehlendorfer Villenkolonie“ für genehmigungsfreie Vorhaben (vgl. Anlage 2) sowie die Begründung werden gebilligt.
3. Der Entwurf und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Der Zeitraum ist rechtzeitig öffentlich bekannt zu machen.
4. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, ist Gelegenheit zur Stellungnahme

- zu geben. Sie sollen außerdem von der Auslegung benachrichtigt werden.
5. Das Änderungsverfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt, von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird daher abgesehen.

#### Anlagen

1. Abgrenzung des Geltungsbereiches
2. Entwurf textliche Festsetzungen, Stand 06.08.2012 und derzeit wirksame Fassung der zu ändernden/zu ergänzenden Festsetzungen (Stand 30.10.2011)

#### *Nur zur Information:*

3. Erläuterungen zur Änderung der Regelungen zu Einfriedungen
4. Karte „Übersicht Höhe straßenseitiger Einfriedungen“ (Bestandsaufnahme 05/2012)
5. Karte „Übersicht Errichtungszeitpunkt straßenseitiger Einfriedungen“ (Bestandsaufnahme 05/2012)

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

#### **An der Aussprache zur DS-Nr. 020/12 beteiligen sich:**

Es findet keine Aussprache statt.

#### **Abstimmung zur DS-Nr. 020/2012:**

Die DS-Nr. 020/12 wird einstimmig beschlossen.

#### **TOP 8.2**

#### **Grundsatzbeschluss für die Beauftragung einer Entwurfsplanung für eine thermische Solaranlage auf dem Dach der Eigenherd-Schule**

**DS-Nr. 143/12**

In Vorbereitung der Errichtung einer thermischen Solaranlage mit Hybrid-Luft-Wasserkollektoren auf dem Dach der Mensa (ehemalige Sporthalle) der Eigenherd-Schule sollen die Planungsleistungen Lph 2 (Vorplanung) und Lph 3 (Entwurfsplanung) beauftragt werden.

Für die Planungsleistungen wird das Ingenieurbüro Hennig- Haustechnische Gesamtplanungen aus Potsdam beauftragt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 1.630,00 € (Honorar Lph 2 und Lph 3) sind als überplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2012 bereit zu stellen.

#### Anlagen

Maßnahme Beschreibung Solar-Projekt Eigenherd-Schule mit Kostenprognose  
Zeichnung mit dem Standort der thermischen Solaranlage  
Lageplan Gebäude Eigenherd-Schule

Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

#### **An der Aussprache zur DS-Nr. 143/12 beteiligt sich:**

Frau Schwarzkopf

**Abstimmung zur DS-Nr. 143/12:**

Die DS-Nr. 143/12 wird mehrheitlich abgelehnt.

Herrn Grubert zu Protokoll

Ganz aktuell: Die Gemeinde Stahnsdorf hat dem Beschluss zur Gründung einer Freibad GmbH soeben ebenfalls zugestimmt.

<b>TOP 8.3</b>	<b>Abwägung zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-025 "Seeberg" für Stellplatzflächen der Freien Waldorfschule Kleinmachnow e.V. (Abwägungsbeschluss)</b>	<b>DS-Nr. 152/12</b>
----------------	--	----------------------

1. Die Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-025 „Seeberg“ für Stellplatzflächen der Freien Waldorfschule Kleinmachnow e.V. eingegangen sind, wurden geprüft. Das Ergebnis ist in Anlagen 2 und 3 dargestellt.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Bürger sowie die Behörden/Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen. Dabei sind die Gründe anzugeben, die zu dem Abwägungsergebnis führten.

Anlagen

1. Abgrenzung Geltungsbereich 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-025 „Seeberg“

Abwägungsmaterialien:

2. Beteiligung der Öffentlichkeit (Auslegungszeitraum 09.07.-10.08.2012)
3. Beteiligung der Behörden/sonstigen Träger öffentlicher Belange (Zeitraum Juli/August 2012)

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

**An der Aussprache zur DS-Nr. 152/12 beteiligen sich:**

Es findet keine Aussprache statt.

**Abstimmung zur DS-Nr. 152/12:**

Die DS-Nr. 152/12 wird einstimmig beschlossen.

<b>TOP 8.4</b>	<b>Satzungsbeschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-025 "Seeberg" für Stellplatzflächen der Freien Waldorfschule Kleinmachnow e.V.</b>	<b>DS-Nr. 153/12</b>
----------------	---	----------------------

1. Die Gemeindevertretung beschließt für das in Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet entsprechend dem heutigen Abwägungsergebnis auf der Grundlage des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011



- (BGBl. I S. 1509) – BauGB –  
die 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-025 „Seeberg“, bestehend aus  
Teil A: Zeichnerische Festsetzungen (Planzeichnung), Maßstab im Original:  
1 : 1.000 und  
Teil B: Textliche Festsetzungen  
als Satzung.
2. Die entsprechend dem Abwägungsergebnis ergänzte Begründung wird gebilligt.
  3. Der Beschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplanes (Satzungsbeschluss) sowie Angaben darüber, an welchem Ort und zu welchen Zeiten die Satzung mit der Begründung von jedermann auf Dauer eingesehen und Auskunft über ihren Inhalt verlangt werden kann, sind örtlich bekanntzumachen.

#### Anlagen

1. Abgrenzung Geltungsbereich 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-025 „Seeberg“
2. 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-025 „Seeberg“ für Stellplatzflächen der Freien Waldorfschule Kleinmachnow e. V. – Teil A, zeichnerische Festsetzungen (Planzeichnung/verkleinert)
3. 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-025 „Seeberg“ für Stellplatzflächen der Freien Waldorfschule Kleinmachnow e. V. – Teil B, textliche Festsetzungen
4. Begründung

#### **An der Aussprache zur DS-Nr. 153/12 beteiligen sich:**

Es findet keine Aussprache statt.

#### **Abstimmung zur DS-Nr. 153/12:**

Die DS-Nr. 153/12 wird einstimmig beschlossen.

**TOP 8.5**

**Straßenbau "Erlenweg"**

**DS-Nr. 155/12**

Die Straße Erlenweg zwischen Heinrich-Mann-Straße und Kiefernweg soll erstmalig hergestellt werden. Das Bauprogramm umfasst folgende Parameter:

1. Fahrbahn
  - 1 a. Abschnitt zwischen Kiefernweg und Käthe-Kollwitz-Straße
    - Befestigung mit Asphalt,
    - Breite 5,00 m.
  - 1 b. Abschnitt zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Heinrich-Mann-Straße
    - Befestigung mit Granitkleinsteinpflaster,
    - Breite 5,00 m,
    - Reduzierung der vorhandenen Fahrbahnfläche im Bereich Einmündung Käthe-Kollwitz-Straße/Erlenweg auf das in der Anlage dargestellte Maß.
2. Gehweg
  - Breite 1,20 m in Granitmosaikpflaster, eingefasst mit Tiefborden,
  - zwischen Kiefernweg und Käthe-Kollwitz-Straße einseitig,
  - auf der nordwestlichen Seite im Abschnitt zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Heinrich-Mann-Straße beidseitig.

3. Grundstückszufahrten
  - Herstellung in Granitkleinsteinpflaster – vollgebundene Bauweise
4. Straßenbeleuchtung
  - einseitig, Bauart gleich wie Heinrich-Mann-Straße, Typ ARC 80
5. Verlängerung der vorhandenen Regenwasserentwässerung um eine Haltung in Richtung Heinrich-Mann-Straße
6. Baumpflanzung zur Herstellung einer geschlossenen Allee, mit Ausnahme nord-westlicher Gehwegbereich zwischen Kiefernweg und Käthe-Kollwitz-Straße

#### Anlagen

1. Entwurfsplanung Ausbau Erlenweg, Blatt 1 und 2 vom 07.09.2012

Zur Information:

2. Foto Lampentyp Heinrich-Mann-Straße

#### Maßgabe des Hauptausschusses

Der Hauptausschuss empfiehlt, die Fahrbahn zwischen Kiefernweg und Käthe-Kollwitz-Straße statt mit Asphalt mit Granitkleinsteinpflaster/-kleinsteinpflaster zu befestigen.

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

**Antrag von Herrn Dr. Mueller – Abstimmung der Drucksache ohne die Maßgabe.**

**Geschäftsordnungsantrag von Herrn Tauscher – Verweisung in den Bauausschuss**

#### **Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:**

Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

**Die DS-Nr. 155/12 wird in den Bauausschuss verwiesen.**

<b>TOP 8.6</b>	<b>Umsetzung des Konzeptes zur Entwicklung des straßenbegleitenden Grünstreifens in der Ginsterheide im Abschnitt zwischen den Einmündungen Ernst-Thälmann-Straße und Machnower Busch</b>	<b>DS-Nr. 144/12</b>
----------------	---	----------------------

Zur Gestaltung und Entwicklung des straßenbegleitenden Grünstreifens in der Ginsterheide im Abschnitt zwischen Ernst-Thälmann-Straße und Machnower Busch wird nachfolgendes Konzept zur Umsetzung beschlossen.

Die Mittel in Höhe von 66.000,- Euro sind im Finanzhaushalt 2013 vorzusehen.

Gestaltungs- und Entwicklungskonzept Grünstreifen Ginsterheide zwischen Ernst-Thälmann-Straße und Machnower Busch

### 1. Entwicklungsziel

Als Entwicklungsziel wird eine artenreiche Grünfläche angestrebt mit standort-typischen Pflanzengesellschaften der Eichen-Hainbuchenwälder, Laub-Nadelmischwälder und deren Waldrandvegetation sowie Heidegesellschaften auf den trockenen Standorten. Die vorhandene Baumstruktur, besonders die Eichen und Birken sollen bei der Bestandserhaltung berücksichtigt werden. Die zunehmende Verbuschung soll durch gezielte Gehölzentnahme zurück genommen werden. Sowohl dichte Strauchbereiche als auch Flächen mit offenen, lichten Krautschichten, vielfältigen Gräsern, Stauden und auch Ginsterbüschen sollen als wertvolle Lebensräume für Insekten, Vögel und Kleinsäuger entstehen. Die Entwicklung des Grünstreifens soll als geschlossene Grünfläche erfolgen. Daher ist der Ausbau von Querungswegen dort nicht vorgesehen. Die vorhandenen Trampelpfade zur Querung der Grünfläche sollen möglichst reduziert werden.

### 2. Maßnahmen

Viele Gehölze behindern sich aufgrund des beengten Standraumes gegenseitig in ihrer Entwicklung. Für eine vitale, artenreiche Bestandsentwicklung ist daher eine Entnahme konkurrierender Bäume erforderlich. Der Bestand von Traubenkirsche, Spitzahorn und Robinie soll reduziert werden und Misteln aus den zu erhaltenden Bestandsbäumen entfernt werden. Eine Rodung von standortun-typischen Ziersträuchern, sowie Sämlingen von Traubenkirsche, Robinie und Spitzahorn ist zur Rückdrängung der starken Verbuschung notwendig.

Partiell sind Nachpflanzungen von Bäumen der Arten Birke und Kiefer, sowie von Heidestrauchvegetation, Kleingehölzen (wie Ginster und Schlehe) als auch Stauden vorgesehen.

Vorhandene Müllablagerungen und Komposthaufen sind aus der Fläche zu entfernen. Auf offenen Flächen soll eine Ansaat von Landschaftsrasen mit Wildstaudenmischung erfolgen.

Eine zweijährige Entwicklungspflege soll beauftragt werden. In dieser Zeit werden besonders die Rodung von Wurzelbrut und Sämlingen sowie die Wässerung und Schnittmaßnahmen der Anpflanzungen erforderlich.

### 3. Finanzielle Auswirkungen

Für die Umsetzung dieser Maßnahme werden nach Kostenschätzung 60.000,00 € benötigt. Zusätzlich werden für Planung und Bauüberwachung 6.000,00 € erforderlich. Diese Kosten für dieses Projekt trägt die Gemeinde.

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

### An der Aussprache zur DS-Nr. 144/12 beteiligen sich:

Herr Musiol

#### FBL Bauen/Wohnen, Frau Neidel, zu Protokoll

Im Begründungstext ist wiedergegeben „Die Anregungen des Umweltausschusses sind hierbei berücksichtigt.“ Sie haben jetzt nicht die Zeichnung in der Anlage, aber wenn Sie den Text, den Beschlussinhalt „Entwicklungsziele“ genau durchlesen, finden Sie auch unter Maßnahmen genau das wieder, was im Umweltausschuss ange-regt wurde. Die Anregungen des Umweltausschusses werden wie vorgebracht um-

gesetzt.

**Abstimmung zur DS-Nr. 144/12:**

Die DS-Nr. 144/12 wird einstimmig beschlossen.

<b>TOP 9</b>	<b>Regionales Projekt "Regionalentwicklungskonzept der Bioenergie-region"</b>
--------------	---

<b>TOP 9.1</b>	<b>Beteiligung am regionalen Projekt "Regionalentwicklungskonzept der Bioenergieregion Ludwigsfelde Plus + Trebbin, Luckenwalde, Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf</b>	<b>DS-Nr. 141/12</b>
----------------	--	----------------------

Die Gemeinde Kleinmachnow beteiligt sich an dem geförderten regionalen Projekt „Regionalentwicklungskonzept der Bioenergieregion Ludwigsfelde Plus + Trebbin, Luckenwalde, Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf“.

Dafür sind	im Haushalt 2013	1.000,00 €
	im Haushalt 2014	4.500,00 €
und	im Haushalt 2015	4.730,00 €

finanzielle Eigenanteile als laufender Zuschuss bereitzustellen.

Anlagen

1. Regionalentwicklungskonzept der Bioenergieregion Ludwigsfeld Plus + Trebbin, Luckenwalde, Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf
2. Eigenanteil am Förderprogramm, Anlage zu AZA 4; Mittel Dritter

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

**An der Aussprache zur DS-Nr. 141/12 beteiligen sich:**

Frau Schwarzkopf

Herr Dr. Klocksin zu Protokoll

Ich verstehe dieses hier zunächst einmal als Annäherung an ein Themenfeld. Wo das hinführen wird, ist mir noch nicht klar. Die Vorlage weist ja darauf hin, dass Kleinmachnow natürlich keine Ackerflächen hat. Grundsätzlich geht es mir schon darum, dass Energiepflanzen, wie man sie nennt, auch einmal eine Fläche bekommen. Die Diskussion kennen wir noch über E10 und Beimischungen. Wenn wir nicht verwertbare Flächen haben, die kontaminiert sind z. B. Rieselfelder, deren Grundstoffgehalt so stark belastet ist, dass eine Nutzung der aufwachsenden Pflanzen nicht möglich ist, kann ich mir das alles vorstellen. Wir sollten, wenn wir die Diskussion weiterverfolgen, sehr genau im Auge behalten, wo es hinführt und ob es nicht in eine ökologisch als auch sozial problematische Richtung geht. Die Begleitung des weiteren Geschehens sollten wir intensiv betreiben. Ich bitte die Verwaltung sicherzustellen, dass in angemessenen Abständen der Umweltausschuss in Kenntnis gesetzt wird.

**An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 141/12 beteiligen sich:**

Herr Musiol  
Frau Schwarzkopf

**Abstimmung zur DS-Nr. 141/12:**

Die DS-Nr. 141/12 wird einstimmig beschlossen.

<b>TOP 10</b>	<b>Mietspiegel</b>
---------------	--------------------

<b>TOP 10.1</b>	<b>Neuerstellung eines qualifizierten Mietspiegels Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf für den Zeitraum ab 2014</b>
-----------------	--

**DS-Nr. 096/12**

Der Bürgermeister wird beauftragt, die zur Neuerstellung eines qualifizierten Mietspiegels Teltow – Kleinmachnow – Stahnsdorf erforderlichen Schritte einzuleiten. Zur Neuerstellung sind insbesondere:

- eine Vereinbarung mit der Stadt Teltow und der Gemeinde Stahnsdorf abzuschließen, in der die Aufteilung der zu erwartenden externen Kosten auf die Kommunen nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl festzulegen und die Gemeinde Kleinmachnow als federführend zu bestimmen ist,
- die für die Neuerstellung erforderlichen externen Kosten, sowie die Einnahmen aus Teltow und Stahnsdorf gemäß Vereinbarung für den Haushalt 2013 f als Ausgabe und Einnahme zu planen,
- eine Arbeitsgruppe „Mietspiegel“ einzuberufen, mit der die Interessenvertreter der Vermieter und der Mieter einbezogen werden, sowie
- die Aktualisierung der Wohnlagenkarte und die Ausarbeitung der Übersicht über die ortsübliche Vergleichsmiete nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen durch ein externes Büro zu beauftragen.

Es ist zu gewährleisten, dass die Neuerstellung so rechtzeitig abgeschlossen wird, dass der qualifizierte Mietspiegel wirksam werden kann, bevor die derzeitige Fassung mit dem 31.05.2014 außer Kraft tritt.

Anlagen

1. KAT-Beschluss DS-Nr. KAT-B-12/001 vom 14.03.2012
2. Vereinigung der Mieter, Nutzer und selbstnutzenden Eigentümer, Schreiben vom 14.03.2012

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

**An der Aussprache zur DS-Nr. 096/12 beteiligen sich:**

Bürgermeister Herr Grubert 4x  
Herr Dr. Mueller 2x  
Herr Singer  
Herr Nieter  
Frau Vogdt

Herr Dr. Klocksinn  
Herr Templin  
Frau Sahlmann

**Abstimmung zur DS-Nr. 096/12:**

Die DS-Nr. 096/12 wird mehrheitlich beschlossen.

**TOP 11 Grundstücksangelegenheiten**

**TOP 11.1 Erbbaurechtsvertrag über das Grundstück Flur 12 Flurstück 1554 - DS-Nr. 142/12  
Tennisplatzanlage Fontanestraße**

Der Erbbaurechtsvertrag zur UR-Nr. 77/2012 vom 17. August 2012, geschlossen vor dem Notar Klaus Braun, geschäftsansässig Barbarossastraße 2 in 10781 Berlin, über das Grundstück in Kleinmachnow, Flur 12 Flurstück 1554, Sportfläche Tennisplatzanlage Fontanestraße, zwischen der Gemeinde Kleinmachnow und dem Tennis-Club Kleinmachnow 1961 e. V., Fontanestraße 31, wird genehmigt.

Sämtliche von Frau Jutta Lorenz, geboren am 20.12.1954, dienstansässig Adolf-Grimme-Ring 10 in 14532 Kleinmachnow zur UR-Nr. 77/2012 des o. g. Notars abgegebenen Erklärungen werden genehmigt.

Anlage  
Flurkartenauszug

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

**An der Aussprache zur DS-Nr. 142/12 beteiligen sich:**

Bürgermeister Herr Grubert  
Herr Templin  
Frau Sahlmann

**Abstimmung zur DS-Nr. 142/12:**

Die DS-Nr. 142/12 wird mehrheitlich beschlossen.

**TOP 12 Gesellschafterangelegenheiten**

**TOP 12.1 Auflösung der Sportstätten Kleinmachnow GmbH - Beauftragung des Geschäftsführers DS-Nr. 159/12**

- a) Die gemeindeeigene Gesellschaft Sportstätten Kleinmachnow GmbH ist zu liquidieren.

- b) Der Geschäftsführer Herr M. Ecker wird als Geschäftsführer abberufen.
- c) Herr M. Ecker wird zum Liquidator bestellt und mit der Durchführung der Liquidation der Sportstätten Kleinmachnow GmbH beauftragt.

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

**Änderungsantrag von Frau Sahlmann – im Punkt c wird vor dem Wort „beauftragt“ eingefügt ... bis Dezember 2013.**

**Abstimmung zum Änderungsantrag:**

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

**Abstimmung zur DS-Nr. 159/12:**

Die DS-Nr. 159/12 wird einstimmig beschlossen.

**TOP 13**

**Abschluss eines Vergleiches - Waldorf-KITA - Zustimmung zum Abschluss des Vergleichs im Klageverfahren Lewandowski & Partner GbR (LG Potsdam 8 O 79/12)**

**DS-Nr. 188/12**

Der Abschluss eines Vergleichs im Klageverfahren Lewandowski & Partner GbR ./, Gemeinde Kleinmachnow zum Bauvorhaben Waldorf-Kindergarten Kleinmachnow wird genehmigt. Die Gemeinde Kleinmachnow zahlt zum Ausgleich sämtlicher Ansprüche der Parteien gegeneinander an die Lewandowski & Partner GbR 60.000 Euro.

Die Finanzmittel sind im Haushaltsjahr 2012 überplanmäßig der Investitionsmaßnahme „Neubau Waldorf-KITA“ zur Verfügung zu stellen.

Anlage

Beschluss des Landgerichts Potsdam 8. Zivilkammer, Geschäftsnummer 8 O 79/12

- Erläuterungen zur Drucksache durch den Bürgermeister Herrn Grubert.

**Änderungsantrag von Herrn Templin – Der letzte Satz des Beschlusses wird gestrichen.**

**An der Aussprache zur DS-Nr. 188/12 beteiligt sich:**

Frau Grohs, FBL Finanzen/Beteiligungen

**Abstimmung zum Änderungsantrag:**

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

**Abstimmung zur DS-Nr. 188/12:**

Die DS-Nr. 188/12 wird einstimmig beschlossen.

**TOP 14     Anträge**

**TOP 14.1     B-Plan KLM-BP-025 "Seeberg", Schopfheimer Allee - Änderung des städtebaulichen Vertrages     DS-Nr. 154/12**

Der Bürgermeister wird beauftragt,

1. mit der BBIS (Berlin-Brandenburg International School) die Vereinbarungen zum B-Plan KLM-BP-025 zur Straßenfläche "Schopfheimer Allee" (sogenannte B-Straße) sowie zur sogenannten A-Straße, inklusive Anbindungen Karl-Marx-Straße sowie Adolf-Grimme-Ring Ost und Adolf-Grimme-Ring West, dahingehend zu verhandeln, dass die vorgenannten Straßenflächen auf dem Flurstück 301 im derzeitigen Eigentum der BBIS verbleiben und nicht öffentlich gewidmete Straßen sind,
2. das B-Plan-Verfahren zur Änderung des B-Planes KLM-BP-025 entsprechend zu veranlassen,
3. die Zuwegung der Waldorf-Schule sowie des Waldorf-Kindergartens und der 3. Grundschule (bis 06/2015) mit der BBIS grundbuchrechtlich zu sichern.

**Geschäftsordnungsantrag des Einreichers – Verweisung in die Ausschüsse Bau und Finanzen.**

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:**

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

**TOP 14.2     Zukunft der Förderschulen - Antrag der Fraktion B 90/'Grüne     DS-Nr. 175/12**

Die Gemeindevertretung beschließt den Auftrag an den Bürgermeister, Herrn Grubert, mit dem Landrat, Herrn Blasig, ein Gespräch zur Zukunft der Schule mit sonderpädagogischem Förder- Schwerpunkt, geistige Entwicklung, Standort Erlenweg, zu führen.

Ziel dieses Gespräches müssen Vereinbarungen zum Erhalt der Förderschule und zu einer definitiven Terminaussage zum Umzug an den Standort Schleusenweg zum Beginn des Schuljahres 2013/ 2014 sein.

- Erläuterungen zum Antrag durch Frau Sahlmann.

**An der Aussprache zur DS-Nr. 175/12 beteiligen sich:**

Es findet keine Aussprache statt.

**Abstimmung zur DS-Nr. 175/12:**

Die DS-Nr. 175/12 wird einstimmig beschlossen.



**TOP 14.3 Bildung eines Zweckverbandes Bauhof - Antrag der Fraktion B 90/Grüne**

**DS-Nr. 186/12**

Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister, Verhandlungen mit der Stadt Teltow aufzunehmen, um einen Zweckverband Bauhof Teltow-Kleinmachnow vorzubringen und vertraglich bis Juni 2013 zu sichern.

Der Bürgermeister erhält den Auftrag, die spätere Beteiligung der Gemeinde Stahnsdorf bei der Gründung des Zweckverbandes vorzubereiten.

- Erläuterungen zum Antrag durch Frau Schwarzkopf

**An der Aussprache zur DS-Nr. 186/12 beteiligt sich:**

Bürgermeister Herr Grubert zu Protokoll

Es ist auf den Weg gebracht worden. Im Januar wird die Sache in den entsprechenden Ausschüssen vorgestellt und dann wird es Diskussionsrunden geben, ob es sinnvoll ist, einen Zweckverband zu gründen. Teltow wird das auch entscheiden. Stahnsdorf selbst ist ein schwieriger Kandidat, kann aber, wenn der Zweckverband geschlossen wurde, jederzeit dazukommen. Laut Gutachten ist ein Zweckverband die geeignetste Organisationform. Der Standort wird nicht der jetzige Bauhof-Standort sein. Die Untersuchung über einen Standort ist noch nicht abgeschlossen.

**An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 186/12 beteiligen sich:**

Bürgermeister Herr Grubert  
Herr Dr. Klocksin  
Herr Dr. Mueller

**Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Klocksin – Ende der Rednerliste**

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:**

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

**Geschäftsordnungsantrag von Frau Sahlmann – Verweisung in den Werksausschuss Bauhof**

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:**

Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

**Änderungsantrag von Herrn Templin**

**Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister, Verhandlungen mit der Stadt Teltow aufzunehmen, um eine Zukunft für einen gemeinsamen Bauhof Teltow-Kleinmachnow vorzubringen.**

- Der Bürgermeister führt aus, dass es so einen Antrag bereits gibt.

**Abstimmung zur DS-Nr. 186/12:**

Die DS-Nr. 186/12 wird mehrheitlich abgelehnt.

**TOP 14.4 Essenversorgung für Schule, Hort und KITA - Antrag der CDU-Fraktion**

**DS-Nr. 187/12**

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Essenversorgungsvertrag für die kommunalen Schulen und Horte mit der beauftragten Catering - Firma Sodexo zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

Die Möglichkeit einer außerordentlichen vorfristigen Kündigung soll geprüft werden.

Die Neuausschreibung der Essenversorgung soll in Abstimmung mit den Schulen und Horten anhand von gemeinsam entwickelten Kriterien erfolgen.

Darüber hinaus soll untersucht werden, welche Möglichkeiten einer gemeindlichen Essenversorgung bestehen und/oder geschaffen werden können. In die entsprechenden Überlegungen sollen die interessierten kommunalen Kitas sowie Schulen, Horte und Kitas in freier Trägerschaft einbezogen werden.

Der Bürgermeister soll bis zum 31.3.2013 einen geeigneten Vorschlag unterbreiten.

- Erläuterungen zum Antrag durch Frau Scheib.

**An der Aussprache zur DS-Nr. 187/12 beteiligen sich:**

Herr Schmidt  
Frau Vogdt  
Frau Scheib

**Geschäftsordnungsantrag von Frau Krause-Hinrichs – Verweisung in die Ausschüsse Schule, Kultur, Soziales und KITA-Werksausschuss**

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:**

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

**TOP 15 Anfragen nach § 7 Absatz 2 Geschäftsordnung (schriftliche Anfragen)**

Der Tagesordnungspunkt wird nicht in Anspruch genommen.

**TOP 16 Anfragen nach § 7 Absatz 3 Geschäftsordnung (mündliche Anfragen)**

1. **Herr Dr. Klocksin**
- 1.1 **Die Blätter sind gefallen und bald kommt bestimmt auch eine dünne Schneedecke. Wie verhält es sich mit der Reinigung der öffentlichen Flächen z. B. Bannwald, wo Verschmutzungen stattfinden, die nun unter dem Laub verschwinden? Ich frage jedes Jahr danach und möchte dieses Mal darauf drängen, uns über die Reinigungsplanung zu informieren.**
- 1.2 **Landesnahverkehrsplan – Die Region hat sich wieder positioniert zur schienegebundenen Erschließung. In der Vergangenheit hatte ich immer wieder nachgefragt, ob die Gemeinde im Rahmen des Beteiligungsverfahrens von der Landesregierung nachgefragt wurde. Wir haben, wie bekannt, im geltenden Landesverkehrsplan, der bis zum kommenden Jahr Gültigkeit hat, die Prüfaufträge für den S-Bahn-Ringschluss und die Stammbahn als S-Bahn. Dieses fällt hier in Gänze raus. Der Entwurf des Landesnahverkehrsplans sieht explizit keine Verlängerung oder Ausbauten des S-Bahn-Netzes im berlinnahen Raum vor. Welche Erkenntnisse hat die Verwaltung darüber, respektive ist die Verwaltung beim Meinungsbildungsprozess des Landes beteiligt worden? In welcher Form sind unsere Interessen hier gewahrt worden?**
- 1.3 **Der Presse war zu entnehmen, dass ein örtlich ansässiges Unternehmen eine Fläche an eine Lebensmittelkette veräußert hat. Diese Fläche liegt in der Förster-Funke-Allee. In der Zeitung war ebenfalls zu lesen, dass nach Auffassung der Gemeinde das geltende Bauplanungsrecht die Ansiedlung einer Lebensmittelkette zulässt. Das ist aus meiner Erkenntnis neu. Ich hätte gerne eine Erläuterung dazu. Wie begründet sich der Bauantrag der Lebensmittelkette an den Landkreis unter Umgehung der Gemeinde Kleinmachnow oder ist diese Information in der Lokalzeitung nicht zutreffend?**

Bürgermeister Herr Grubert  
zu 1. Und 2.

Die Fragen werden durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Zu 3.

Die Lebensmittelkette Bio-Company hat von Kondor Wessels ein Grundstück erworben und bei der Unteren Bauaufsicht des Landkreises einen Bauantrag eingereicht. Es handelt sich um das Grundstück links neben dem Pflegeheim. Für dieses Gebiet gibt es einen B-Plan; es ist Entwicklungsgebiet. Nach Einreichung des Bauantrages, was aber noch nicht geschehen ist, wird die Gemeinde, wie bei allen anderen Bauvorhaben, angehört werden. Dann gibt es eine Frist zur Stellungnahme und dann können wir abgleichen, ob es zulässig ist oder nicht. Nach meinem Kenntnisstand ist es zulässig und ein Geschäft der laufenden Verwaltung und so ist auch vorab die erste telefonische Information der Unteren Bauaufsicht.

**Nachfrage von Herrn Dr. Klocksin:**

**Darf ich davon ausgehen, dass im Rahmen der vom Landkreis gesetzten Frist zur Stellungnahme die zuständigen Ausschüsse der Gemeindevertretung beteiligt werden?**

Bürgermeister Herr Grubert

Es gibt einen gültigen B-Plan. Frau Neidel hat mir eben mitgeteilt, dass die Unterlagen zur Stellungnahme gestern oder heute eingegangen sind. Es handelt sich, wie schon gesagt, um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Bauausschuss wird darüber informiert, eventuell schon am Montag, aber die Bewertung ist ein Ge-

schafft der laufenden Verwaltung und ich werde mich an die Gesetze und den gültigen B-Plan halten. Der Umweltausschuss wird ebenfalls informiert.

**Vorsitzender der Gemeindevertretung, Herr Warnick**  
**Herr Bürgermeister, da es eine diffizile Frage ist, die alle Gemeindevertreter interessiert, schlage ich vor, eine Information zu verteilen.**

Bürgermeister Herr Grubert

Ich werde die Ausschüsse informieren und mich bemühen, das Ergebnis, da es ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist, auch für die Gemeindevertretung als Infopapier zusammenzufassen. Aber meine Damen und Herren es gibt ein Entwicklungsgebiet, es gibt einen gültigen B-Plan und die Auswertung nach der Stellung eines Bauantrages bei der Unteren Bauaufsicht ist Geschäft der laufenden Verwaltung.

**Nachfrage von Herrn Dr. Klocksin:**

**Herr Bürgermeister, teilen Sie meinen Eindruck, dass im konkreten Vorgang die Absicht besteht, um die Position der Mehrheit der Gemeindevertretung wissend, genau die Gemeindevertretung in dem konkreten Fall zu umgehen und deshalb hier den Weg der leichteren Zustimmung über den Landkreis zu erreichen, gerade vor dem Hintergrund, dass im Vorfeld ein anderes Verfahren gewählt worden war?**

Bürgermeister Herr Grubert

Ihren Eindruck teile ich nicht. Im Vorfeld ist kein anderes Verfahren gewählt worden, sondern ich bin im letzten Jahr mit einem Beschluss an die Gemeindevertretung herangetreten, der Gemeinde Kleinmachnow gehörende Grundstücke an Bio-Company zu veräußern zur Ansiedlung eines Bio-Supermarktes. Dieser Beschlussvorschlag ist abgelehnt worden. Danach habe ich von Bio-Company nichts mehr gehört und sie haben ein anderes, nicht der Gemeinde Kleinmachnow gehörendes, Grundstück erworben, für das es einen B-Plan gibt. Für diesen Bebauungsplan müssen sie den Bauantrag, der nicht bei der Gemeinde angezeigt werden muss, bei der Unteren Baubehörde einreichen. Ich habe nicht die Absicht, die Gemeinde Kleinmachnow zu umgehen, aber ich muss mich an Recht und Gesetz halten.

**2. Frau Schwarzkopf**

**2.1. Der Bürgermeister hat vorhin bereits in einem anderen Zusammenhang unser Klimaschutzprogramm erwähnt, was sich die Kommune Kleinmachnow gestellt hat. Wir werden von anderen Kommunen für dieses Klimaschutzprogramm sehr beneidet. In dem Klimaschutzprogramm haben wir verschiedene Ziele festgelegt z. B. die Reduzierung des Energieverbrauchs in den kommunalen Gebäuden. Es wurden bereits die Energieverbräuche von 2005 bis 2007 durch Herrn Koch von der Verwaltung festgehalten. Seit 2007 macht das Herr Piekarski. Jetzt müssen wir Strukturen einführen, dass die Überprüfung dieser Ziele den Gemeindevertretern vorgestellt bzw. dass diese Ziele auch den Bürgern transparent dargestellt werden. Kann in diesem Zusammenhang Herr Piekarski oder der zuständige Bearbeiter die Reduzierung des Energieverbrauchs in den kommunalen Gebäuden noch einmal vorstellen? Wenn das der Fall ist, bis wann wird Herr Piekarski das tun?**

**2.2. Die Lokale Agenda Energie- und Klimaschutz hatte angeregt, eine Mach-**

**barkeitsstudie in Auftrag zu geben, die die Nutzung des Wasserhaushaltes des Teltowkanals in Augenschein nehmen soll. Diese Studie wurde an die Boldt-Hochschule vergeben und liegt nun vor. Leider wurde es den Mitgliedern der Lokalen Agenda Energie- und Klimaschutz bisher verweigert, Einblick in diese Studie zu nehmen. Es gab ein Rundschreiben, dass die Gemeindevertreter die Studie einsehen können. Was passiert mit dieser Studie? In welcher Form soll jetzt weiter damit umgegangen werden?**

Bürgermeister Herr Grubert

zu 1.

Die Einsparung des Energieverbrauchs in den kommunalen Gebäuden werden wir weiter untersuchen. Ich denke, dass Herr Piekarski das in einem der nächsten Ausschüsse Anfang des neuen Jahres, eventuell schon in der Januarsitzung, vorstellen sollte. In diesem Jahr ist es nicht mehr möglich, da die Sitzung in der nächsten Woche stattfindet.

zu 2.

Es ist richtig, dass ich gesagt habe, dass zunächst nur die Gemeindevertreter Einsicht nehmen können, weil diese Studie auch Ergebnisse enthalte, die nicht einfach so veröffentlicht werden können. Die Studie wird nach ihrer Auswertung dann auch in den Ausschüssen vorgestellt und ist für alle zugänglich. Eine Fachinfo im Umweltausschuss wurde bereits verteilt.

**Nachfrage von Frau Schwarzkopf:**

**Kann ich davon ausgehen, dass in der Ausschusssrunde im Januar darüber informiert wird?**

Bürgermeister Herr Grubert

Versprechen werde ich es nicht, aber die Verwaltung bemüht sich.

**3. Frau Sahlmann**

**3.1. Meine Frage schließt an die Frage, die Herr Dr. Klocksinn zum Erwerb eines Grundstückes durch eine Bio-Marktkette hatte, an. Warum lässt der Bebauungsplan es zu, dass so ein großes Gebäude für die Errichtung eines Einkaufsmarktes vorgesehen werden kann? Wir hatten ja schon einmal zwei Runden mit der Bio-Company und hatten damals festgestellt, dass dort der Bebauungsplan geändert werden muss und das war ja nur ein Flurstück daneben, da wird sich der Bebauungsplan ja nicht wesentlich ändern. Weiß man es hundertprozentig oder muss erst geprüft werden, ob eine Änderung vorgenommen werden muss?**

Bürgermeister Herr Grubert

Die Errichtung eines Bio-Supermarktes ist planungsrechtlich im WA bis zu einer bestimmten Größenordnung zulässig. Das war auch Anlass für Bio-Company nach entsprechenden Untersuchungen an uns heranzutreten. Ich habe damals nach Prüfung festgestellt, dass es planungsrechtlich möglich ist. Die Gemeindevertretung hat jedoch entschieden, das Grundstück nicht zu verkaufen. Danach hat Bio-Company in dem gleichen Gebiet nur von einem Privaten ein Grundstück erworben. Hinsichtlich des Planungsrechtes in diesem Gebiet sind Sie als Vorsitzende des ehemaligen

zeitweiligen Ausschusses für das verlorene „o“ bestens informiert. Sie dürften dazu alle Unterlagen haben. Die Untere Bauaufsicht wird die Zulässigkeit prüfen. Die Gemeinde wird zur Stellungnahme aufgefordert werden. Wir können eine Stellungnahme nur im Rahmen der bestehenden Gesetze und des bestehenden Bebauungsplanes abgeben. Deshalb handelt es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

**4. Herr Grützmann**

- 4.1. Graffiti an der Nordseite der Turnhalle der Gesamtschule – Betrachten Sie, Herr Bürgermeister, das nicht auch wie ich, da es sich um die Fassadengestaltung an einem öffentlichen Gebäude handelt, als Kunst im öffentlichen Raum? In Folge dessen hätte es im KuSo-Ausschuss vorgestellt werden müssen. Das ist nicht der Fall. Andererseits hat im Frühjahr im Bau- und KuSo-Ausschuss eine andere Fassadengestaltung zur Diskussion gestanden, bei der man der Meinung war, dass man es so nicht machen könne. Jetzt ist ein Graffiti dran. Wie kam es dazu? Vielleicht ist es sinnvoll, dass schriftlich zu beantworten, weil ja auch Kosten mit dazu gehören. Es gehört auch mit dazu, dass die Jugendfreizeiteinrichtung mitwirken sollte, was nicht passiert ist sowie noch weitere Einzelheiten.**
- 4.2. Ungefähr im Jahre 2004 ist von Hoffmann & Leichter ein Verkehrspapier, aufgeteilt in fließenden und ruhenden Verkehr, erstellt worden. Dazu gab es Bürgerbeteiligungen. Die Bürgerbeteiligung für den fließenden Verkehr ist ausgewertet und in Maßnahmen eingeflossen. Die Bürgerbeteiligung für den ruhenden Verkehr wartet immer noch auf eine Auswertung. Wann werden Sie zu dieser Auswertung kommen?**

Bürgermeister Herr Grubert

zu 4.1.

Die Frage wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

zu 4.2.

Dieses Papier ist einer Auswertung nicht mehr würdig.

**Nachfrage von Herrn Grützmann:**

**Haben Sie in nächster Zeit vor, die Problematik ruhender Verkehr in Kleinmachnow auf Ihren Arbeitsplan zu setzen?**

Bürgermeister Herr Grubert

Das Problem ruhender Verkehr in Kleinmachnow ist ein sehr schwieriges Thema. Der UVO-Ausschuss sollte im Jahr 2013 darüber diskutieren.

**5. Herr Musiol**

- 5.1. Zum Nachtflugverbot wurde noch einmal eine Flyer-Aktion gestartet, die vom Verteiler genauso unbefriedigend war wie die erste, die wir nach Bekanntwerden der Flugrouten hatten. Immer wieder ist es ein Unternehmen, was nicht straßen- bzw. haushaltsdeckend alles abdeckt. Sicherlich reduzieren Sie dann die Kosten für dieses Unternehmen. Frau Bellack sagte mir, dass noch 1000 Flyer nachgeliefert werden mussten. Auf Dauer ist das jedenfalls nicht befriedigend und sicherlich auch nicht in Ihrem Sinne, dass die Bürger-**

**initiative recherchieren muss, welche Straßen nicht beliefert worden sind.  
Wie können wir eine Qualitätsverbesserung erreichen, was ja auch in Ihrem  
Sinne ist?**

Bürgermeister Herr Grubert

Es ist leider eine Frage des Preises. Sie haben aber natürlich völlig Recht mit der Feststellung, lieber mehr zu zahlen und 100% Qualität zu erhalten, als weniger zu zahlen und unzufrieden zu sein. Dieses Unternehmen wird beim nächsten Mal von uns nicht mehr beauftragt. Ich bin sehr enttäuscht, dass die Flyer nicht flächendeckend verteilt worden sind aber froh, dass sich die Bürgerinitiative weiter so stark engagiert und die nachgeforderten Flyer auch noch verteilen will. Trotz der unbefriedigenden Verteilung hat es aber einen großen Schub gegeben; wir sind jetzt bei über 5.600 Eintragungen und haben uns mehr als 6.000 Eintragungen als Ziel gesetzt.

Kleinmachnow, den 17.12.2012

Klaus-Jürgen Warnick  
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Anlagen